

GRANMA

INTERNACIONAL

HAVANNA
APRIL / MAI 2001

Postvertriebsstück Y 9229
Entgelt bezahlt

Jahrgang 34 Nummer 4-5
DM 2.50; Preis in Kuba 1.00 USD

8 Seiten
Beilage
mit Reden des
Präsidenten
Fidel Castro

Ohne Sozialismus hätte Kuba nicht den Angriffen von neun US-Präsidenten standhalten können



"Wir sind nicht hier, um den 40. Jahrestag der Proklamation des sozialistischen Charakters der Revolution zu feiern, sondern um diesen Charakter zu unterstreichen", erklärte Präsident Fidel Castro mit einem Gewehr in der Hand vor einer riesigen Menschenmenge, die sich zur Kundgebung an der gleichen Stelle versammelte, wie vor 40 Jahren (die Kreuzung der 23. und der 12. Straße)

Die Insel akzeptiert die von den USA in Genf durch Erpressungen und Druck durchgesetzte Resolution nicht

Seiten I - V unserer Beilage

UN-MENSCHENRECHTSKOMMISSION

Die Abstimmung in Genf war eine moralische Niederlage der USA

Seite 16



Die Antwort auf den Raub der Marke Havana Club:

Kuba wird Barardí Rum herstellen

Seite 10

105. KONFERENZ DER INTERPARLAMANTARISCHEN UNION



• IPU-Präsidentin verteidigt das Recht der Völker auf ihre eigene gesellschaftliche Entwicklung

• Bundestagspräsident Thierse sieht gute Perspektiven für die Ausweitung der Beziehungen

Seiten 8 und 9

Kevin Costner

Kam mit seinem Film über die Oktoberkrise nach Havanna

Seite 12

Albert von Monaco eröffnet Konsulat in Havanna

Seite 13

Granma

INTERNACIONAL

ZEITUNG AUS KUBA UND
LATEINAMERIKA

Deutsche
Ausgabe

Avenida General Suárez y Territorial,
Plaza de la Revolución Jose Martí,
Apartado Postal 6260, La Habana 6,
Cuba. C.P. 10699 Telex 0511 355/0511 221.
e-mail redac@granma.get.cma.net
Fax: 53-7-33-5176 und 33-5826 Tel:
81-6265 / 81-7443 Zentrale: 81-3333
App. 23 und 381

GENERAL DIREKTOR

Frank Agüero Gómez

CHEFREDAKTEUR

Gabriel Molina Franchossi

STELLVERTRETER

Miguel Comellas Dopico

INFORMATIONSCHEF

Joaquín Oramas Roque

LEITER DER REDAKTION

Gustavo Becerra Estorino

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Orlando Gómez Balado

PRODUKTIONSCHEF

Migdalia Hardy Mengana

TEAMCHEFS

Layout

Orlando Romero Fernández
Tel. 81-6021

Deutsche Ausgabe

Hans-Werner Richert
Tel. 81-6021 / 81-1679

Spanische Ausgabe

Gustavo Becerra Estorino

Englische Ausgabe

Ellen Rosenzweig
Tel. 81-6054 / 81-1679

Französische Ausgabe

Frédéric Woungly-Massaga
Tel. 81-1679 / 81-6054

Portugiesische Ausgabe

Miguel Angel Alvarez
Tel. 81-6054 / 81-1679

Vertrieb und Abonnements

Miguel Domínguez Hernández
Tel. 81-9821

Druck

Zeitungsverlag Granma,
Havanna, Cuba

NACHDRUCK

Brasilien

*Cooperativa de trabalhadores em
Serviços Editoriais e Noticiosos Ltda. Rua
Regente Feijó, 49-2º andar CEP
20.060-060 Rio de Janeiro Tel. (021)
242-3430 Fax (021) 242-1320

Bundesrepublik Deutschland

*TRIBÜNE DRUCK GMBH

Am Treptower Park 28-30
12435 Berlin

Kanada

* ANPO

P.O.Box 156, Station A Toronto,
Ontario, Canada M5M 2T1
Anzeigen und weitere information:
Tel./Fax (416) 253-4305

Argentinien

Sr. Gregorio Hayrabedian Sarmiento Nº
1574 Piso 2-A - C.F. Buenos Aires,
Argentina Tel: 331-5761 et 342-1579

Frankreich

S.E.N.P.Q

S.A.R.L. au Capital de 2000 FS. Stat:
63, rue Croulebarde - 75013 PARIS
Tel: 01 43 37 86 16 - Fax: 01 43 31 04 31
RCS PARIS B - SIRET 403 077 456
00016 - APE 221C

WEBSITE INTERNET

http://www.granma.cu

ISSN 0864-4624



Die Spanisch sprechende Bevölkerung macht 16,8 Prozent der gesamten Einwohner Floridas aus

Den Immigranten in den USA geht es heute schlechter als vor 30 Jahren

• Die Latinos sind die größte Minderheit in Florida

• WASHINGTON.- In den USA hat sich die Zahl der Immigranten in den letzten 30 Jahren verdreifacht, aber ihr relativer Lebensstandard hat sich verschlechtert, heißt es in einer am 28. März veröffentlichten Studie.

Die Untersuchung des Instituts für Immigrationsforschung ergab, daß Immigranten, die seit 10 bis 20 Jahren in den USA leben, ärmer sind bzw. geringere Chancen haben, Hauseigentümer zu werden, als gebürtige US-Amerikaner. Nach der letzten statistischen Erhebung gibt es in den USA ca. 30 Millionen Immigranten:

„Die Immigranten als Gruppe liegen in Bezug auf den Besitz an Häusern und Krankenversicherungen weit hinter den gebürtigen Einwohnern zurück. Die Sozialhilfefälle sind (unter den Immigranten) sehr viel zahlreicher“, sagte Steven Camarota, der Autor der Studie, in einem Telefoninterview.

Mehr als 40 Prozent der Immigranten lebten im Jahr 2000 nahe der Armutsgrenze, 1970 waren es 26 Prozent.

Der Bericht der parteiunabhängigen Organisation zeigt auf, daß es

für Immigranten im Jahr 2000 dreimal wahrscheinlicher war, nicht in den Genuß eines Hochschulstudiums zu kommen als für gebürtige US-Bürger.

Vor 30 Jahren machte der Unterschied zwischen der Zahl der einheimischen Hauseigentümer und der der Immigranten knapp sieben Prozent aus. Im Jahr 2000 betrug dieser Index knapp 24 Prozent. Nur 46 Prozent der Immigranten hatten eigene Häuser.

„Der exponentielle Anstieg der Immigranten ist möglicherweise eine Folge der Wirtschaftsstärke der USA“, sagte Camarota und fügte unmissbar an: „Die Idee, die USA seien mit Gold gepflastert, existiert noch, und das kann Leute anlocken, die hier Schwierigkeiten haben werden.“

IN FLORIDA LEBEN MEHR LATINOS ALS AFROAMERIKANER

Bei der letzten statistischen Erhebung wurde einer der größten ethnischen Veränderungen in den USA beobachtet. Wie die *New York Times* informierte, hat die Spanisch sprechende Bevölkerung in Florida heute die afroamerikanische zahlenmäßig überholt.

In den neunziger Jahren kamen eine Million Lateinamerikaner in den Bundesstaat Florida, der dadurch, rein juristisch, zwei Sitze mehr im Repräsentantenhaus beanspruchen kann.

Diese Steigerung, die größte in der Geschichte dieser Region, er-

höhte die Zahl der dort lebenden Latinos auf drei Millionen und die Gesamtbevölkerung Floridas auf insgesamt 23,5 Millionen Einwohner.

Die Erhebung hat ebenfalls ergeben, daß die lateinamerikanische Bevölkerung sich über den gesamten Staat verteilt und nicht mehr nur wie früher im Süden ansässig ist. Sie stieg um 63 Prozent auf 2,7 Millionen Einwohner.

Die Spanisch sprechende Bevölkerung, bestehend aus Kubanern, Mexikanern, Puertoricanern, Kolumbianern, Mittelamerikanern, Einwanderern aus der Karibik und aus anderen Teilen Lateinamerikas, macht 16,8 Prozent der gesamten Einwohner Floridas aus.

Der ethnische Wandel wird u. a. die Politik, die Bildung, das Arbeitskräfteangebot und die Wirtschaft beeinflussen.

Der am dichtesten besiedelte Bezirk, Miami Dade, wuchs um 16 Prozent an. Dort leben 2,3 Millionen Menschen, 338.330 davon sind Latinos.

Der Bevölkerungsanteil der Schwarzen stieg in Florida auf 14,4 Prozent. In den neunziger Jahren waren es 13,3 Prozent. Nach den neuen Angaben leben in Florida 2,3 Millionen Afroamerikaner, so daß sie jetzt an die dritte Stelle rückten. (Reuter's-Prensa Latina)

Die Beziehungen zu China sind so gut wie noch nie

- **Präsident Jiang Zemin sagte während seines dreitägigen Aufenthalts wiederholt die Unterstützung Chinas im Kampf des kubanischen Volkes um die Verteidigung seiner Souveränität zu**
- **Chinesische Kredite in Höhe von 200 und 150 Millionen Dollar für die Entwicklung der Telekommunikation und den Erwerb von Fernsehgeräten, neben anderen wichtigen Kooperationsverträgen**

JOAQUIN ORAMAS - Granma Internacional

KUBA und die Volksrepublik China sind durch engste Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Bildung, Sport und Kultur verbunden, nachdem während des dreitägigen Besuches des asiatischen Staatsmanns beide Regierungen neun Verträge unterzeichnet und die Präsidenten Jiang Zemin und Fidel Castro die wichtigsten Probleme analysiert haben, vor denen beide Länder stehen.

Auch wenn es wenige öffentliche Erklärungen gab, so war doch zu spüren, daß die Gespräche und Aktivitäten des hohen Gastes und der ihn begleitenden großen Delegation von einer brüderlichen Übereinstimmung beider Regierungsoberhäupter geprägt war. Es sei ein konstruktiver Besuch gewesen, sagte der Sprecher der chinesischen Delegation, Zhu Bangzao, als er den Aufenthalt des Staatsoberhauptes der Volksrepublik China in Kuba kurz vor seiner Weiterreise nach Venezuela, der letzten Etappe seiner Rundreise durch Lateinamerika, zusammenfaßte.

Zhu Bangzao bestätigte, daß sowohl Präsident Jiang Zemin als auch sein Amtskollege Fidel Castro die Entwicklung der chinesisch-ku-



Beide Staatsmänner eröffnen im Hotel Nacional eine gemeinsame Ausstellung der chinesischen Panda-Gruppe mit der kubanischen Elektronikgruppe

banischen Beziehungen als höchst positiv bewerteten. Er fügte an, Fidel Castro habe in den offiziellen Gesprächen festgestellt: Die Beziehungen seien noch nie so gut gewesen.

Ergänzend stellte er fest, daß "wir uns in der Politik gegenseitig helfen und verstehen. In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist eine zunehmende Ausweitung zu beobachten. Unser Warenaustausch nimmt täglich zu und auf internationaler Ebene stärken wir unsere Berater-tätigkeit und erreichen konstruktive und enge Beziehungen".

Auf dem internationalen Flughafen Juan Gualberto Gómez, in Varadero, verabschiedeten Präsident Fidel Castro und der erste Vizepräsident, Raúl Castro, den Staatsmann der Volksrepublik China. Fidel hatte ihn bei allen Veranstaltungen im Land begleitet. Bei seiner Ankunft in Havanna gab Jiang Zemin eine Presseerklärung ab, in der er die Unterstützung der asiatischen Nation im Kampf des kubanischen Volkes um die Verteidigung seiner Souveränität zu unterstützen versprach.

Die Besuchsagenda enthielt offizielle und informelle Veranstaltungen, in denen die Kameradschaft zwischen beiden Staats- und Regierungschefs ebenfalls zum Ausdruck kam.

Ein Beispiel dafür war das, was nach dem Treffen Jiang Zemins mit der chinesischen Gemeinde Havannas geschah. Der chinesische Staatsmann rezitierte ein Gedicht, das er kurze Zeit vorher für Fidel und das kubanische Volk geschrieben hatte. Er überreichte es dem kubanischen Präsidenten auf einem Pergament. "Das ist das schönste Geschenk, das ich je in meinem Leben erhielt", sagte Fidel zu ihm, als er die Übersetzung gelesen hatte. Sie lautet:

Am frühen Morgen nahm ich Abschied von meinem geliebten Land. / Flog über vom Morgenrot gefärbte Wolken / Zu einer Zehn-Tage-Reise nach Lateinamerika. / Um in einer Entfernung von zehntausend Kilometern, / Den lärmenden Wind und den Sturm herauszufordern / Vom anderen Ufer aus. / Würdevoll stehen die Pinien / Mit dem Stolz und der Standhaftigkeit des Berges.

MEHRERE VERTRAGSABSCHLÜSSE

Die Präsidenten Chinas und Kubas waren bei der Unterzeichnung von neun Abkommen und Verträgen über Zusammenarbeit im Palast der Revolution zugegen, die die Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Handel und Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen stärken. Ein Abkommen hat einen Kredit in Höhe von 200 Millionen Dollar für ein Entwicklungsprojekt im Bereich Telekommunikation zum Inhalt. Ein anderer Kredit, in Höhe von 150 Millionen Dollar, ist dem Erwerb von chinesischen Fernsehgeräten für die Pläne in den Bereichen Bildung, Kultur, Entwicklung, Informatik und Erholung in der Karibiknation gewidmet. Der Botschafter der Volksrepublik China in Kuba, Wang Chengjia, übergab bei

der Gelegenheit symbolisch 50 Fernsehgeräte als Spende.

Die übrigen Verträge und Abkommen beziehen sich auf die Zusammenarbeit im Sport im Hinblick auf die Olympischen Spiele 2008 in Beijing, die Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für eine breite Fachpalette, ein Dokument, das die Grundlagen für ein bilaterales Abkommen über die Doppelbesteuerung legt und der Steuerhinterziehung auf Gewinne vorbeugen soll.

Zwei weitere Abkommen beschäftigen sich mit der technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. In einem davon ist eine Spende von ca. 3,5 Millionen Dollar für die Lieferung allgemeiner Materialien bzw. die Ausführung von Kooperationsprojekten vorgesehen. In dem anderen Abkommen gewährt China einen Kredit von ca. 6,5 Millionen Dollar, die für einen Zeitraum von fünf Jahren zinsfrei sind.

Weiterhin wurde ein Vertrag, der einen 24 Millionen-Dollar-Kredit für das in Havanna entstehende Hotel Miramar Malecón vorsieht, unterzeichnet.

Die beiden Staatsmänner besuchten im Hotel Nacional eine Ausstellung von Fernsehgeräten der Marke Panda, die in der Volksrepublik China hergestellt werden. Daneben waren Muster der kubanischen Pharmaindustrie ausgestellt.

DIE GROSSE RUNDREISE JIANAG ZEMINS

Als historisch bezeichnete man in der venezolanischen Hauptstadt Caracas den Besuch des Präsidenten Jiang Zemin, des ersten, den ein Staats- und Regierungschef Chinas in das südamerikanische Land unternimmt, seit 1974 die bilateralen Beziehungen aufgenommen wurden.

Venezuela war die letzte Etappe der Rundreise des chinesischen Staatsmanns durch Lateinamerika, die am 4. April in Chile begann und über Argentinien, Uruguay und Brasilien nach Kuba führte.

MIRAMAR-MALECÓN

Das erste chinesisch-kubanische Hotel

- **Das Unternehmen Habaguanex S.A. kündigt für dieses Jahr den Baubeginn dieses und die Wiedereröffnung vier weiterer Hotels in Havanna-Vieja an**

MIGUEL COMELLAS - Granma Internacional

ERSTMALIG wird in Havanna ein Hotel mit chinesisch-kubanischem Kapital gebaut werden. Das Miramar-Malecón wird gegenüber der Hafeneinfahrt liegen und über 250 Zimmer verfügen. Die Arbeiten werden vom Unternehmen Habaguanex S.A. ausgeführt, das in diesem Jahr vier weitere Hotels in Havanna-Vieja der Nutzung übergeben will, die total renoviert wurden, erklärt der Vizepräsident René Reyes.

Das Unternehmen wurde von der kubanischen Regierung zur Förderung des Tourismus gegründet. Es ist für die Sanierung, den Bau und die Erhaltung von für diesen Zweck geeigneten Gebäuden und Anlagen zuständig. Die Gewinne aus dem Betrieb der Einrichtungen werden dem Büro des Stadthistorikers übergeben, der für alle Arbeiten zur Er-



Das neue Hotel wird in der Nähe der Hafeneinfahrt errichtet

haltung des historischen Zentrums von Havanna, das durch die UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt wurde, verantwortlich ist.

Die von Habaguanex S.A. im vergangenen Jahr fertiggestellten Hotels und weiteren Anlagen in dieser Zone, brachten der Gesellschaft einen Gewinn von 60 Millionen Dollar, von dem das Büro des Historikers 25 Prozent

zent für die Renovierung von Wohnungen, öffentlichen Straßen, Plätzen, Schulen, Kindergärten und Gesundheitseinrichtungen für Kinder und alte Leute u.a. verwendet.

Für das Jahr 2001 rechnet das Unternehmen mit einem Gewinn von 66 Millionen Dollar. Vorgesehen ist die Fertigstellung der Hotels Telégrafo, Park View, O' Farril und Santander, die alle einer Totalsanierung unterzogen wurden, sowie die Weiterführung der Sanierungsarbeiten des Plaza Vieja, an dem sich Bauwerke aus dem 17., 18., und 19. Jahrhundert befinden. Dort sollen ebenso wie in der Obispo, der Geschäftsstraße der Altstadt, eine Vielzahl von Läden eingerichtet werden.

KUBA IST AUSRICHTER DER VERANSTALTUNGEN ZUM WELTUMWELTTAG

Zum ersten mal in der Karibik

• Das UNEP erkennt die Errungenschaften der Insel im Umweltschutz und bei den Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung an

LILIAM RIERA - Granma Internacional

• AUFGRUND der Errungenschaften Kubas im Umweltschutz und bei den Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung, unbeachtet der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Wirtschaftsblockade, wurde das Land nicht nur als Ausrichter der Veranstaltungen zum Weltumwelttag im Jahr 2001 (gemeinsam mit der italienischen Stadt Turin) ausgewählt, der jedes Jahr am 5. Juni begangen wird, sondern festigte auch sein Image in der Welt als alternatives Modell.

In der Karibik ist die Insel das erste Land und das dritte in Lateinamerika (vorher waren es schon Brasilien und Mexiko), das diese Auszeichnung erhalten hat.

Bei einer Pressekonferenz bestätigten Sprecher des Ministeriums für Wissenschaft, Technologie und Umwelt (CITMA) die Anerkennung durch das UNO-Programm für Umweltschutz (UNEP), der eine systematische und nachhaltige Arbeit voraus ging.

DAS EINZIGE LAND IN DEM DIE WALDFLÄCHEN ZUNEHMEN

Eine Tatsache, die ermuntert, ist der Hinweis, daß die Insel weltweit das einzige Land ist, das seine Waldfläche in den letzten 40 Jahren vergrößert hat. Auf dem kleinen Territorium verfügt es über sechs Reservaten der Biosphäre; die belastende Umweltverschmutzung reduzierte es um 9,7 Prozent und man tauschte chemisch-toxische Technologien und Produkte gegen andere, für die Umwelt nicht aggressive aus, und erweiterte die organische Düngung.

Trotzdem bleibt noch viel zu tun. Dabei scheint die Umwelterziehung die Achillesferse zu sein.

Wenn es auch bei den Firmenleitungen einen qualitativen Sprung bei der Sorge um den Einsatz sauberer Technologien gibt und bei den Anstrengungen, einen großen Teil der Probleme, die die verschmutzenden Industrien der Umwelt bereiten, durch Innovation zu lösen, so muß doch intensiver daran gearbeitet werden, in der Bevölkerung ein verstärktes Bewußtsein und ein entsprechendes Verhalten zu erreichen.

Doktor Fabio Fajardo, Vizeminister des CITMA, wies darauf hin, daß im vergangenen Jahr von täglich in der Hauptstadt anfallenden fünfzehntausend Kubikmetern Abfall nur 0,03 Prozent behandelt werden konnten. Ein Beispiel, das zweifellos zum Nachdenken anregt.

Die Notwendigkeit der Abfalltrennung sei noch nicht verinnerlicht worden. Durch sie könnte das Recycling erleichtert und viele Rohstoffe für die Industrie gewonnen werden. Dies bedeute Deviseneinsparungen für das Land und trage zur Stadthygiene bei, die von den wirtschaftlichen

Schwierigkeiten stark in Mitleidenschaft gezogen worden sei.

Obwohl dies nur ein Beispiel ist, so erinnert es uns doch an das von der Vorsitzenden der Umweltagentur des CITMA geäußerte Motto: "Es kann keine effiziente Wirtschaft ohne eine entsprechende Umweltpolitik geben". Und die Umwelterziehung ist essentieller Teil davon.

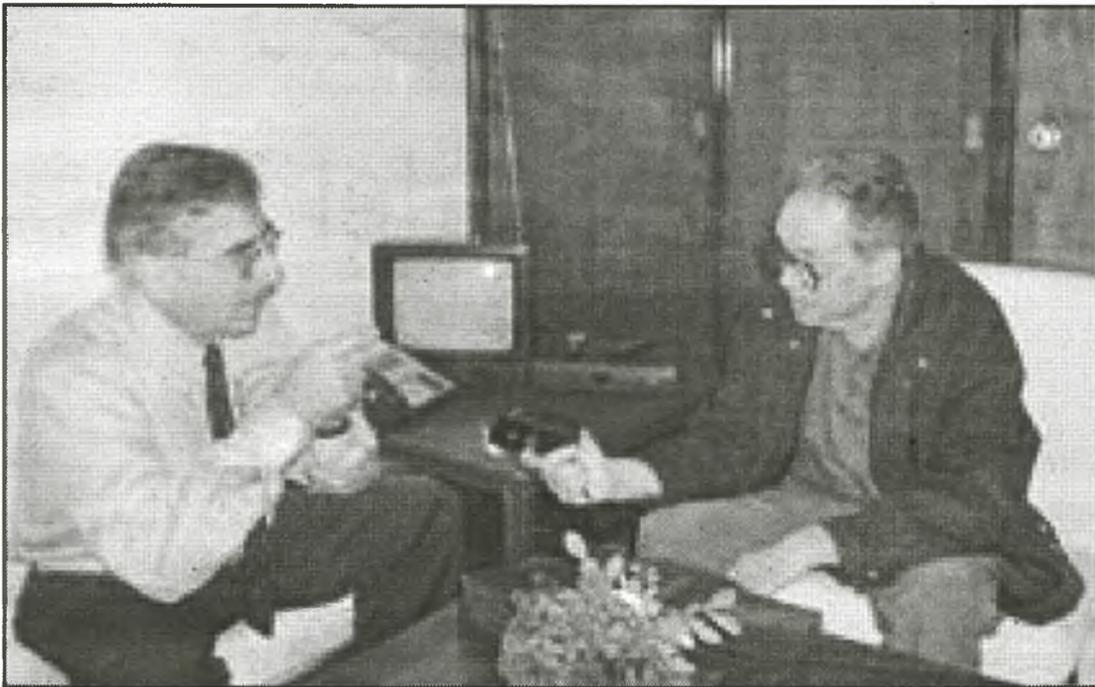
Auf der Pressekonferenz wurde auch über die Aktivitäten informiert, die im Land aus Anlaß des 5. Juni vorbereitet werden. Das sind u.a. eine Telekonferenz, die an diesem Tag von Havanna aus eine Verbindung mit Nairobi, Turin und der übrigen Welt ermöglicht; die Herausgabe einer Briefmarkenserie und einer Sondermünze; Mal-, Gedicht- und Aufsatzwettbewerbe für Kinder (Themen: "Meine Idee für den Umweltschutz" und "Wasser") und die Ausschreibung des Essay-Preises zum Thema "Visionen nachhaltiger Entwicklung, zehn Jahre nach Rio", der nur einmal, aus Anlaß des neunten Weltgipfels im nächsten Jahr in Südafrika, vergeben wird.

Des Weiteren wird die 3. Internationale Messe über Umwelt und Entwicklung organisiert und durchgeführt werden; Weiterbildungskurse für Sprecher und Aktivisten von Bürgerbewegungen; Foto- und Kunstaustellungen sowie die von den verschiedenen Ministerien geplanten Veranstaltungen.

Seit 1987 wird der 5. Juni jeweils in den vom UNEP ausgewählten Ländern begangen.



Das Viñales-Tal in der westlichen Provinz Pinar del Río ist eines der Ökosysteme, wo die Umwelt noch in Ordnung ist. Es wurde von der UNESCO zum Welterbe der Menschheit erklärt



Luis Gómez Echeverri (links), Vertreter des PNUD und ständiger UN-Vertreter auf der Insel: "Kuba ist eines der Länder in der Region, die mit Naturkatastrophen und der Eingrenzung der dadurch entstehenden Schäden, am besten umzugehen wissen"

Der Karibik droht Gefahr

• Die Länder der Region vereinbarten in Havanna, den Folgen von Naturkatastrophen und Klimaveränderungen gemeinsam zu begegnen

JOAQUIN ORAMAS - Granma Internacional

• ÜBERZEUGT davon, daß die Erwärmung des Planeten nicht nur ein potentiell Risiko darstellt, sondern die Ökosysteme der Erde im allgemeinen und die der Karibik im besonderen beeinträchtigt, vereinbarten Vertreter von 15 regionalen Einrichtungen, der UNO und der kubanischen Regierung in Havanna Maßnahmen zur

Koordinierung gemeinsamer Aktionen bei Naturkatastrophen.

Ihres Erachtens vertiefe diese Situation die Kluft zwischen Arm und Reich und gleichzeitig nähmen die Probleme in den Ländern der Dritten Welt zu, da diese klimatischen Veränderungen gegenüber am anfälligsten seien. Störungen im Verhalten der Wildfauna, schmelzende Gletscher und der ansteigende Meeresspiegel, Phänomene die als Folge dieser Veränderungen zu beobachten sind, stellen eine Gefahr für viele Nationen dar, insbesondere für die Inselstaaten, die u.a. unter langen Trockenperioden leiden oder unter Überschwemmungen die von Hurrikans ausgelöst werden.

Ein Aspekt der Veränderungen in der Umwelt ist das Problem, daß sie sich in den natürlichen Ressourcen und in der Wirtschaft der karibischen Staaten niederschlägt. Dabei sind so ernste Folgen wie Verluste von Menschenleben und starke materielle Einbußen zu verzeichnen.

Zu dieser prekären Situation gesellen sich noch die beiden wichtigsten Ursachen für die Umweltverschmutzung in der Welt: die anhaltende Armut des größten Teils der Bewohner und der exzessive Konsum der natürlichen Ressourcen durch eine Minderheit. Dabei ist nicht zu vergessen, daß der Globalisierungsprozeß Kon-

summodelle forciert, die ganz und gar nicht der Erhaltung der Umwelt dienen.

Der Vertreter des PNUD und ständige UN-Koordinator auf der Insel, Luis Gómez Echeverri, informierte, daß man in "Kuba tagte, weil es eines der Länder in der Region ist, die mit dem Thema Risiko, besonders der Naturkatastrophen und die Eingrenzung der dadurch entstehenden Schäden, am besten umzugehen wissen".

Als einen Erfolg bezeichnete Gómez Echeverri den Austausch über einzelne Erfahrungen und Initiativen, die eine engere Zusammenarbeit ermöglichen, und die beabsichtigte Einrichtung des Havanna-Netzwerks zu diesem Zweck. Ferner müsse man die Spender dafür gewinnen, ihre Kooperation zu erhöhen, denn Investitionen seien für den Bau von Infrastruktur unbedingt notwendig, um den Bewohnern der Karibik zu helfen, sich so unabänderlichen Tatsachen wie der Veränderung der klimatischen Bedingungen anzupassen, unterstrich er.

In bezug auf die durch den Treibhauseffekt und andere widrige Wettererscheinungen verursachten Probleme stellte er fest, mit den Investitionen sollen u.a. die Küsten geschützt und die Nutzung der Wasserschutzgebiete verbessert werden. Eines der Ziele ist es, in den Spenderländern (Europa und Japan) eine Kampagne zu starten, damit sie ihre gegenwärtige Hilfe um das Zehn- oder Zwanzigfache erhöhen.

KONSENS ÜBER STARK GEFÄHRDETE GEBIETE

Nachdem Gómez Echeverri mehrere Modelle anführte, um den Schlägen der Klimaveränderungen zu begegnen, kam er auf den Konsens in der Karibik zu sprechen, der zu den besonders gefährdeten Gebieten bestehe. Einige litten unter großer Trockenheit und andere würden von Hurrikans heimgesucht und extreme Klimaveränderungen würden in Zukunft noch mehr Schaden anrichten.

Der besorgniserregende Anstieg des Meeresspiegels werde die Karibikinseln zwar nicht verschwinden lassen, aber ihre Küstengebiete würden in Mitleidenschaft gezogen, erklärte er. Er beobachte, daß sich die Inselbevölkerung hauptsächlich an den Küsten ansiedelte. In einigen Jahrzehnten oder noch später werde ein großer Teil der Bevölkerung in höher gelegene Gebiete umziehen müssen, wenn die Gefahr des steigenden Meers akut werde. Um den Ereignissen zuvor zu kommen, müsse man heute über Investitionen reden.

KUBA IST BEMÜHT, DIE SCHÄDEN ZU BEGRENZEN

Gómez Echeverri stellte fest, Kuba fördere verstärkt alternative Energiequellen und verringere Gasemissionen, die in der Atmosphäre den Treibhauseffekt erzeugen. In Kuba arbeite man bereits auf die nächsten 10, 15 und 50 Jahre hin um festzustellen, welche Energiequellen im Land zur Anwendung kommen müssen und was an Infrastruktur benötigt werde, um sich einem unabänderlichen Wandel der Lage anzupassen.

Kuba werde Sitz einer Konferenz der internationalen Gemeinschaft sein, die vom UN-Ausschuß für Klimatische Veränderungen veranstaltet wird, um in dieser Frage systematisch und direkt zu handeln. Zu den zu prüfenden Projekten zählen: Wie sind mögliche Schäden an den Küsten festzustellen? Welche Politik ist im Hafenbau und bei anderen Küstenobjekten zu beachten, die vom Anstieg des Meeresspiegels betroffen sind?

Abschließend sagte Gómez Echeverri, mit dem Problem der Klimaveränderung müsse man leben und gemeinsam an spezifischen Projekten arbeiten, um dadurch zu erwartenden Schäden vorzubeugen.

VERBRAUCHERSCHUTZ

Verfall der Werte im Handel

• Lokale Medien beleuchten das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln

RAISA PAGES - Granma Internacional

195 "STELL dir vor, eine Journalistin ist auf dem Markt beim wiegen um zwei Pfund Schweinefleisch betrogen worden, und sie hat ordentlich Krach geschlagen", hörte ich im Vorbeigehen.

Nachdem das Wort Schutz in den Medien häufig im Zusammenhang mit der Natur, der Verbreitung von AIDS oder den Forderungen nach diversen Bürgerrechten benutzt wurde, wird es jetzt mit dem Verbraucher in Verbindung gebracht.

Die Kultur des guten Kundendienstes ging auf der Insel mit der kontrollierten Verteilung aller Lebensmittel, Textilien und der wichtigsten Gebrauchsartikel zu subventionierten Preisen verloren.

Das Aufkommen der von diesem System unabhängiger Märkte für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse und der Devisenläden katapultierte das Thema der dort auftretenden Unregelmäßigkeiten in die Öffentlichkeit.

Ich teile die Meinung meines Kollegen Felix López von der Tageszeitung *Granma*, daß "wir bisher nicht die eigentlichen Verantwortlichen ins Visier genommen haben. Und außerdem sind wir so gutgläubig anzunehmen, alles löse sich damit, der Bevölkerung beizubringen, daß sie sich beschweren könne".

Das Problem ist nicht allein durch das Handeln des Geprellten oder Betrogenen zu lösen, zumal jener häufig erst die Unordnung schafft, indem er Verkäufer besticht, um nicht lange anstehen zu müssen, Produkte hamstert oder Kontrollen der Inspektoren behindert.

Andere meinen, man solle die Kunden zur Reklamation erziehen und jene, die uns schlecht behandeln disziplinarisch belangen.

In den meisten Fällen haben die Betrogenen und die Opfer schlechter Bedienung aber derartig bittere Erfahrungen gemacht mit ihren Versuchen, ihr Recht durchzusetzen, daß sie auf weitere Anläufe verzichteten. Vielen ist auch die Zeit dafür zu aufwendig.

In einigen Fällen sind die Strafen im Vergleich zu dem ergaunerten Gewinn häufig zu geringfügig. In anderen Fällen verlassen die Erkappten ihren Posten, um dann auf einem anderen aufzutreten, wo sie noch bessere Möglichkeiten haben, die Kunden zu betrügen.

Meines Erachtens muß das Vorgehen in diesen Fällen durch weitere Maßnahmen ergänzt werden, die sich auch im Verdienst der Firmenleitungen und der Angestellten nie-



Auch in Devisengeschäften treten Unregelmäßigkeiten auf, die von schlechter Bedienung bis zu Fälschungen bei Preisen und Kassenzetteln reichen

derschlagen, wenn diese nicht entsprechend handeln.

Einer Reportage der Wochenzeitung *Trabajadores* zufolge existiert in der Provinzleitung für Agromärkte ein Kontrollsystem, das dafür sorgt, daß definitiv entlassene Mitarbeiter in keinem der zu diesem Bereich gehörenden Betriebe wieder eingestellt werden.

Im *Mercado Unico*, einer der größten Agromärkte der Hauptstadt, wurden im vergangenen Jahr 302 Beschwerden und Eingaben bearbeitet. Die Verwaltung gab zu, daß die Beschwerden zu 90 Prozent berechtigt waren. Daraufhin wurden 48 Verkäufer fristlos und andere vorübergehend entlassen.

Zwar bremsen diese Maßnahmen die Übeltäter zunächst, aber sie gehen nicht an die Wurzel des Problems. Warum mußte die Marktverwaltung erst über die Kunden von den Problemen erfahren, wenn es doch ihre Aufgabe ist, diesen vorzubeugen?

Unfaßbar ist auch, was Betriebsleiter zweier Märkte einem Journalisten sagten: Sie warteten sehnsüchtig darauf, daß die Kunden häufiger zu ihnen kommen, um sich zu beschweren. Andersherum wird ein Schuh daraus, sie sollten sich mehr um die Kunden kümmern, damit diese sich nicht zu beschweren brauchen.

Der Verfall der Werte im Handel nahm dem Wort Kunde seine eigentliche Bedeutung und identifiziert ihn heute als Empfänger (eines Service, den er der Gnade des Verkäufers zu verdanken hat).

Solange die persönlichen Einkünfte des Leitungspersonals nicht an die Qualität ihrer Arbeit gebunden ist, werden die Kontrollen immer

ungenügend bleiben und die Probleme werden andauern.

In den Cafeterias beispielsweise verdienen die meisten Angestellten ihr Geld, ob sie etwas verkaufen oder nicht. Sie interessiert darum kaum, ihre Arbeitsweise zu verbessern. Ihr Verdienst ist zudem sehr niedrig und die Neigung, den Kunden zu bestehlen, deshalb latent. Wenn z.B. der Belag eines Schinkenbrötchens ein bestimmtes Gewicht haben muß, der Angestellte aber immer etwas weniger darauf tut, dann bleiben nach Feierabend einige Pfund Schinken für ihn übrig.

UND IM DEISENBEREICH?

Mit dem Aufkommen der Devisenläden, nachdem es offiziell erlaubt war, Dollar zu besitzen, hatten viele die Illusion, dort freundlich und korrekt behandelt zu werden.

Doch auch in diesen Geschäften stößt man auf Unregelmäßigkeiten, die von schlechter Bedienung bis zu Fälschungen bei Preisen und Kassenzetteln reichen.

Nicht selten kommt es vor, daß ich vor dem Ladentisch warten muß, bis die Verkäuferinnen so gnädig sind, ihre Unterhaltung zu unterbrechen.

Ein Vertreter der Korporation CIMEX, die nach Meinung der Ministerin für Binnenhandel in der Frage des Verbraucherschutzes am weitesten vorangeschritten ist, erklärte im Radio, Probleme gebe es vor allem beim Verkaufspersonal, den Kassierern, in der Taschenaufbewahrung und bei den Türwächtern. Aber die Tageszeitung *Granma* fragt sich mit Recht: Ist die Geschäftsleitung nicht in gleichem Maße dafür verantwortlich wie die Angestellten?

Die Korporation CIMEX schuf die Stelle eines Kontrolleurs, der nicht

nur Beschwerden entgegenzunehmen hat, sondern auch dafür sorgen soll, daß es nicht zu Klagen kommt, äußerte ein leitender Vertreter dieses Unternehmens gegenüber der Lokalpresse. Er habe auch darauf zu achten, daß genügend Kleingeld in den Kassen ist, die Preise deutlich erkennbar sind und die Kunden angemessen bedient werden.

Nur sei die Existenz der Aufsichtsperson den meisten Kunden leider nicht bekannt, gestand man, und sie trete in den Geschäften noch nicht aktiv in Erscheinung.

Die Pfründe, die bei der Jagd nach den Posten in Devisenläden in Aussicht stehen, sind bekannt. Die dort arbeitenden erhalten bekanntlich zusätzlich zu ihrem Gehalt noch einen Satz von Körperpflegeartikeln und weitere Vergünstigungen. Warum werden ihnen nicht Teile dieser Vergünstigungen gestrichen, wenn sie gegen die Arbeitsdisziplin verstoßen? Und zwar von der Verwaltung bis zum letzten Arbeiter.

Wenn wir die Dialektik des kapitalistischen Systems anwenden, sollten wir die Verkaufskultur unserem sozialen Model anpassen.

Junge Gastronomen in der Altstadt äußerten in einer kurzen Umfrage *Granma Internacional* gegenüber, es sei schade, daß allgemein nicht verstanden werde, daß zufriedene Kunden gern wieder kommen und damit die eigenen und schließlich die Einnahmen des Landes erhöht würden.



303 venezolanische Patienten erhielten bisher ärztliche Hilfe in Kuba. Beide Präsidenten besuchen eine Gruppe von ihnen

• ÜBER zweieinhalb Stunden war die Internationale Gesundheitseinrichtung La Pradera Zeuge des Zusammentreffens der Präsidenten Hugo Chávez und Fidel Castro mit venezolanischen Patienten, die in Kuba medizinisch betreut werden, und ihren Familienangehörigen.

„Mich haben die Gespräche mit diesen Kindern, ihren Müttern und anderen Personen hier sehr, sehr, sehr bewegt“, sagte Fidel zum venezolanischen Fernsehen. Chávez ermutigte die bereits operierten bzw. in Behandlung befindlichen Patienten mit den Worten: „Habt Vertrauen, alles wird gut.“

„Die kubanische Hilfe für die Kranken hat in Venezuela großen Anklang gefunden“, sagte Chávez, der nach einem dreitägigen Amtsbesuch in der Dominikanischen Republik die Insel besuchte, zur Presse.

Sein kurzer Besuch in Havanna gelte der Prüfung des Umfassenden Abkommens von Caracas, das im Oktober 2000 in der venezolanischen Hauptstadt von den beiden Staatsmännern unterzeichnet wurde und sich auf die Bereiche Energie, Lebensmittel, Bildung und soziale Fragen bezieht.

Wie der Minister des venezolanischen Präsidentenamtes, Elías Jaua, *Granma* mitteilte, wird in diesem Jahr 5.000 Patienten aus mittellosen Kreisen in Kuba ärztliche Hilfe zuteil werden.

Von 303 Patienten und 271 Begleitpersonen, die bisher in 19 Krankenhäusern, zwei davon liegen in der östlichen Provinz Holguín, behandelt wurden, sind bereits 155 geheilt bzw. in einem besseren Gesundheitszustand in ihr Land zurückgekehrt.

In seiner Antwort auf die Frage eines Journalisten zum Stand der Beziehungen zwischen beiden Ländern sagte der zu Gast weilende Präsident, er freue sich, daß Venezuela heute der wichtigste Handelspartner Kubas sei, berichtet *Prensa Latina*. Fidel bezeichnete die Entwicklungsperspektiven der bestehenden Beziehungen als sehr gut.

Chávez verwies in diesem Zusammenhang auf die bevorstehende Einweihung der Zuckerfabrik

Präsident Chávez stattet der Insel einen Arbeitsbesuch ab

• Der Präsident Venezuelas und Fidel besuchten venezolanische Patienten

• In diesem Jahr werden in Kuba fünftausend Venezolaner ärztlich betreut

in El Tocuyo, im Bundesstaat Lara, die mit kubanischer Hilfe errichtet wurde.

Der Regierungschef erwähnte die jüngsten Besuche der Gouverneure der Bundesstaaten Portugesa und Vargas sowie des Bürgermeisters von Caracas, Freddy Bernal, auf der Insel. Gleichzeitig gab er lachend zu, möglicherweise mit seinem Vater, dem Gouverneur des Bundesstaates Barinas, zusammenzutreffen, der am nächsten Tag in Kuba erwartet werde, und dem der Besuch des Gouverneurs des Staates Bolívar folgen werde.

Er erwähnte ebenfalls die Studentengruppen verschiedener Universitäten seines Landes, die

Kuba besuchen und die Gegenbesuche kubanischer Studenten in Venezuela. Dieser Austausch, auch der mit anderen Jugendlichen Lateinamerikas und der Karibik, fördere die regionale Integration.

Die Integration komme nicht auf den Gipfeln zustande, betonte er, nichts wachse von oben, alles werde unten geboren. „Diese jungen Menschen, diese neuen Führungskräfte sind die Wurzeln der Zukunft, die Wurzeln einer echten und festen martianischen, bolivarianischen Integration“.

Chávez erzählte Anekdoten von seinem Aufenthalt in Santo Domingo und bezeichnete die Karibik als einen großen Binnensee, um den herum Kuba, die Dominikanische Republik und Venezuela ein Dreieck bilden, das durch die gemeinsame Geschichte und die Bande der Freundschaft verbunden sei. „Wir sind die gleichen Leute auf dem gleichen Grund, unter dem gleichen Himmel und umgeben von den gleichen Gewässern“, erklärte er bei seinem vierten Kubabesuch als Präsident.

DIE WIRTSCHAFTLICHE EINHEIT LATEINAMERIKAS MUSS DURCH DIE BEREICHE BILDUNG UND GESUNDHEIT ERGÄNZT WERDEN

Präsident Chávez schlug vor, Lateinamerika und die Karibik sollten „nicht nur eine freie Handelszone bilden sondern eine Zone der sozialen Freiheit“, meldete PL aus Santo Domingo.

Im seinem Fernsehprogramm *Aló Presidente*, das am Sonntag, dem 11. März, aus der dominikanischen Hauptstadt ausgestrahlt wurde, sagte er, eine kontinentale Handelsunion müsse Bildung und Gesundheit mit einbeziehen.

Chávez bestand darauf, daß „wir die Probleme niemals allein lösen können“ und deshalb die Union des Subkontinents notwendig sei. Das Bildungswesen hatte man in seinem Land privatisieren wollen, sagte er und fügte an, Bildung müsse aber gratis sein. Der Staat müsse diese Verantwortung gemeinsam mit der Gesellschaft und den entsprechenden Organisationen übernehmen.

Seines Erachtens könnten die Dominikanische Republik und Venezuela im Kleinen damit beginnen, „um dann andere Bruderländer des Kontinents dafür zu gewinnen... Mit Kuba könnten wir in diesem Sinne großartig zusammenarbeiten, um die Bildung voran zu bringen“.

105. KONFERENZ DER INTERPARLAMENTARISCHEN UNION



Eine konstruktive Botschaft aus Havanna

MIREYA CASTAÑEDA - Granma Internacional

195 DIE Vorsitzende des Rates der Interparlamentarischen Union (IPU), Najma Heptulla, urteilte, die 105. Konferenz könne von Havanna aus eine konstruktive Botschaft zu wichtigen Themen wie Terrorismus, internationale Sicherheit, die Lage der Frau und Bildung für die Entwicklung, in die Welt senden.

Heptulla, Anders Johnsson, der Generalsekretär der IPU, und der kubanische Parlamentspräsident, Ricardo Alarcón, informierten abschließend die Presse über die Arbeit der Konferenz, die vom 1. bis 7. April tagte.

So bekräftigt das Dokument über die Aufrechterhaltung der Prinzipien des Völkerrechts für den Frieden und die Sicherheit der in Welt erneut die Gültigkeit der souveränen Gleichheit aller Staaten, das Prinzip der Nichteinmischung und das der Nichtanwendung von Gewalt bzw. Drohungen in den internationalen Beziehungen.

Heptulla verstand die von den Ländern der Dritten Welt vorgebrachte Besorgnis zur Frage der Entwicklung und die Bedeutung, die für sie die Resolution über Bildung und Kultur als Faktoren zur Förderung der Beteiligung von Männern und Frauen am politischen Leben erlangte.

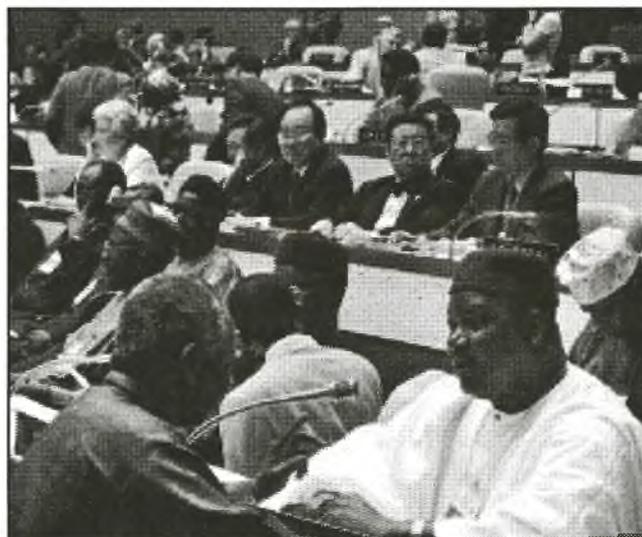
In dem Text wird von der immer größer werdenden Kluft zwischen den Ländern in puncto Beteiligung an technischer Innovation, der ungleichen Entwicklung und der Diskriminierung der Frau gesprochen und zu Intensivprogrammen gegen das Analphabetentum bzw. für die gleichberechtigte Grundschulpflicht für Mädchen und Jungen aufgerufen.

Die Ratsvorsitzende legte besonderen Wert auf ein Thema, das "in meinem Kopf und in meinem Herzen ist": Der Kampf gegen die Diskriminierung der Frau in ihren unterschiedlichen Formen. "Wir wollen, daß die Stimme der Frau in den Parlamenten und in der ganzen Welt gehört wird, wir wollen wirksamere Gesetze gegen Vergewaltigungen", und in diesem Kampf, betonte sie, wollen wir Bewußtsein bei den Männern schaffen und mit ihrer Teilnahme rechnen, denn "jeder Mann ist mindestens einmal mit einer Frau verbunden, mit seiner eigenen Mütter, darum muß er sie verteidigen".

Im Bildungsbereich lobte sie die Bedeutung, die Kuba und seinen enormen Erfolgen beigemessen werde, wie es in der Rede von Fidel Castro zum Ausdruck kam, dem "wir sehr danken, weil er zweimal zu uns sprach". Mit seinen Überlegungen zur Situation der Welt habe



Najma Heptulla, Präsidentin des IPU-Rates, neben ihr der kubanische Parlamentspräsident Ricardo Alarcón, auf der abschließenden Pressekonferenz



Auf der Konferenz waren Abgeordnete aus 124 nationalen Parlamenten vertreten



er die Konferenz nahezu zusammengefaßt.

"In dieser Welt", so Heptulla, "ist die Ungleichheit die Ursache vieler Konflikte". So zum Beispiel des

Terrorismus, der von der Konferenz analysiert wurde, und den sie mit dem Beschluß über den *Beitrag der Parlamente der Welt im Kampf gegen den Internationalen Terrorismus in Übereinstimmung mit der*

Resolution 55/158 der UN-Vollversammlung verurteilte. Den Text verlas der marokkanische Abgeordnete Ahmed El Kadiri in der Abschlußsitzung.

In dem Dokument, dessen Thema und Text von der kubanischen Delegation eingebracht wurde, wird die Notwendigkeit anerkannt, die internationale Zusammenarbeit zu erhöhen, um "dem Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen, unabhängig davon, wo er auftritt oder wer sich seiner bedient, zuvorzukommen, ihn zu bekämpfen und zu beseitigen". Das Dokument verurteilt "alle terroristischen Akte, Methoden und Praktiken, unabhängig von ihrer Motivation", und ruft alle Staaten und Parlamente auf, es zu unterlassen, "zu terroristischen Handlungen zu ermutigen oder sie zu finanzieren" bzw. "es nicht zuzulassen, daß ihre Territorien für derartige Handlungen gegen andere Staaten benutzt werden".

Alarcón betonte, mit der Verurteilung des Terrorismus in der Welt "fühlen wir, daß man den verbrecherischen Charakter" dieser Praktiken gegen die Insel verurteile. Er erinnerte daran, daß Kuba ein ähnliches Dokument auf dem 10. Iberoamerikanischen Gipfel in Panama vorgeschlagen habe, das aber nicht angenommen wurde. Darin wurde eine absolute Verurteilung des Terrorismus gefordert, keine selektive, wie in der Resolution, die dort schließlich angenommen wurde.

Eine von der deutschen Abgeordneten Angelika Koester-Lossak ins Plenum eingebrachte Resolution mit dem Titel *Internationale Aktion zur Notlage in Afghanistan* wurde ebenfalls beschlossen. Die Situation in diesem Land hat sich durch die Zerstörung eines Teils des Kulturerbes durch die Taliban noch erschwert.

Najma Heptulla betonte, daß die präislamischen Denkmäler, die großen Buddhastatuen, nicht nur Afghanistan gehörten, sondern zum Weltkulturerbe zählten, und darum werde die Entscheidung verurteilt, sie trotz der Aufrufe der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Anstrengungen der geistigen Führer der Welt des Islam, zerstört zu haben.

Die Präsidentin des Rates sprach über die Ergebnisse des Komitees über den Nahen Osten, denn in Havanna, so teilte sie mit, trafen sich Delegationen der Knesset aus Israel und eine Delegation aus palästinensischen Parlamentariern mit dem Komitee.

Dies sei von großer Bedeutung, stellte sie fest, denn es wurden nicht nur die drei Meinungen zum Ausdruck gebracht, sondern erstmalig wurde ein Dokument vereinbart, das aufruft, zum Friedenspro-

105. KONFERENZ DER INTERPARLAMENTARISCHEN UNION

zeß zurückzukehren, und beide Seiten luden die IPU ein, das Gebiet sobald wie möglich zu besuchen, um die dortige Lage einzuschätzen und sich mit Vertretern der beiden Seiten auf allen Ebenen zu treffen.

Zum Abschluß zeigte sich Ricardo Alarcón sehr zufrieden über den Verlauf der Tagung und stellte heraus, daß die vier angenommenen Resolutionen Fragen betreffen, die mit dem Interesse der Parlamentarier und dem der Völker übereinstimmen und darum Gegenstand ernsthafter Untersuchungen gewesen seien. Es habe zwar unterschiedliche Meinungen gegeben, aber die Atmosphäre sei ausgeglichen gewesen.

AIDS AUF DER AGENDA DER 106. KONFERENZ

Der IPU-Rat, das Leitorgan der Organisation, hatte am 7. April seine letzte Sitzung, auf der über die Veränderungen der Statuten und Regularien der Organisation abgestimmt wurde. Eine starke Debatte ergab sich zum Thema der Finanzen. Da die USA ihre Beiträge nicht zahlen müssen diese auf die anderen Mitgliedsländer umgelegt werden, oder es muß eine Versammlung über die Ausgaben einberufen werden.

Weiterhin wurde beschlossen, die beiden IPU-Konferenzen 2002 in Marokko und Uruguay zu veranstalten. Schließlich wurde das Thema AIDS in die Agenda der 106. Konferenz, vom 9. bis 15. September dieses Jahres in Burkina Faso, aufgenommen, da Afrika von dieser Pandemie am stärksten betroffen ist. Das Thema der Konferenz lautet: Der Schutz der Kinder und die sexuelle Gewalt gegen Frauen.



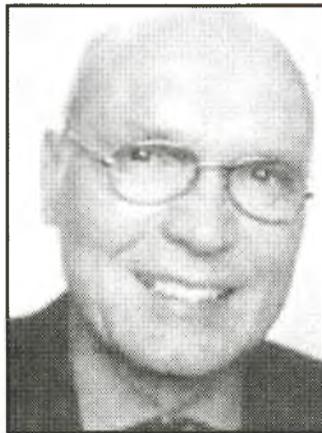
Die Blockade verstößt gegen die Menschenrechte

• WÄHREND der offenen Aussprache der Konferenz haben einige europäische Abgeordnete Stellungnahmen für ihre Länder abgegeben. Dabei erkannten sie einerseits die großen Fortschritte Kubas trotz der seit über 40 Jahren bestehenden US-Blockade an und loben sie, andererseits schlossen sie sich dem Spiel ihres großen Verbündeten rund um das Thema der Menschenrechte an.

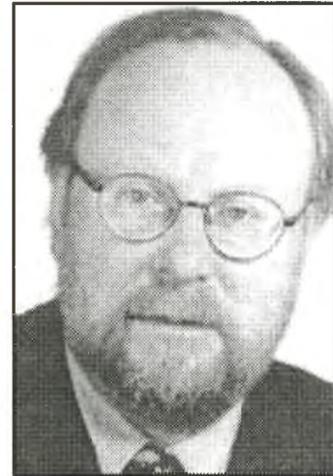
Dieter Schloten, SPD-MdB aus Mülheim/Ruhr, z. B. erwähnte das hohe Niveau, das Kuba in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Gesundheit erreicht habe, bezeichnete dann aber den Respekt vor den bürgerlichen und politischen Rechten, der Pressefreiheit u. a. als ungenügend und bot die Hilfe seines Landes an, um auch dort Fortschritte zu erreichen.

Der kubanische Abgeordnete Ramón Pez-Ferro bedankte sich bei dem "Herrn Abgeordneten" für sein Angebot, betonte aber, "wir brauchen weder ihre Belehrungen, noch ihre Ratschläge." Er unterstrich, daß die Einwohner der Insel "eine repräsentative und partizipative Demokratie genießen, die als Beispiel für eine wirkliche Demokratie gelten kann."

"Bitte betreiben sie nicht das Spiel unserer nördlichen Nachbarn," sagte er abschließend, "die versuchen ihre aggressive Politik gegen unser Land zu rechtfertigen, während sie gleichzeitig seit über 40 Jahren eine mörderische und kriminelle Blockade gegen uns aufrechterhalten, die in der Tat eine flagrante und systematische Verletzung der Menschenrechte eines ganzen Volkes darstellt".



Treffen Thierse - Alarcón



• IM Rahmen der 105. Konferenz der Interparlamentarischen Union kam es zu einem Treffen von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse mit dem Präsidenten der kubanischen Nationalversammlung, Ricardo Alarcón.

Beide tauschten ihre Standpunkte zu den bilateralen Beziehungen und

den Themen der Konferenz aus.

Thierse äußerte sich anschließend zufrieden über das Gespräch, bei dem Möglichkeiten zur Vertiefung der Kooperation und der deutsch-kubanischen Beziehungen geprüft wurden.

"Ich glaube, Investitionen von deutschem Kapital in die kubanische Wirtschaft und der Ausbau der wissenschaftlichen und akademischen Kontakte sowie der Kulturaustausch sind mögliche Bereiche einer Ausweitung der Beziehungen zwischen Deutschland und Kuba", erklärte er.

In diesem Sinne gäbe es gute Perspektiven, vor allem wegen der großen Zahl von Kubanern, die die deutsche Sprache beherrschten, hob er hervor und verwies darauf, daß es notwendig sei, möglichst bald zu einer bilateralen Vereinbarung über eine Kooperation im Bereich der Kultur zu kommen.

Der Bundestagspräsident verwies darauf, daß die IPU-Konferenz eine hervorragende Gelegenheit für die Insel sei, sich der internationalen parlamentarischen Gemeinschaft vorzustellen. (AIN)

Israelische Delegation verteidigt unhaltbare Positionen

JOAQUIN ORAMAS - Granma Internacional

• Die israelische Delegation auf der 105. Konferenz der Interparlamentarischen Union konnte mit ihren immer wieder vorgebrachten Argumenten zur Verteidigung der Repressalien, die sie gegen das palästinensische Volk anwenden, nicht überzeugen. Meir Sheerit, Justizminister und Leiter der zionistischen De-

legation, beschuldigte Yassir Arafat wiederholt des Terrorismus, als er auf einer Pressekonferenz gefragt wurde, wie er den Einsatz hoch entwickelter Waffen gegen junge Palästinenser vertreten könne, die nur Steine gegen die israelische Armee werfen.

Die zionistischen Parlamentarier zeigten sich unzufrieden mit den Ausführungen Ricardo Alarcóns, in denen er sich gegen die Aggression gewandt hatte, die das palästinensische Volk erleidet. Doch die Journalisten gaben sich mit den Erklärungen nicht zufrieden, sondern fragten weiter nach den Repressalien der israelischen Regierung und den Drohungen des Regierungschefs Ariel Sharon, die Repression noch zu verstärken. Der Ton der Pressekonferenz wurde härter, als ein palästinensischer Korrespondent die Politiker daran erinnerte, daß ihr derzeitiger Regierungschef den Aufstand in Jerusalem provoziert habe, als er die Al-Aksa-Moschee besuchte, die für die Muselmanen ein heiliger Ort sei. Der Journalist legte Sharon ebenfalls

die Massaker zur Last, die in den Orten Sabra und Shatila vor einigen Jahren stattgefunden haben.

Die Antwort des Abgeordneten Zee Boim und des Ministers bestanden aber nur aus weiteren Anschuldigungen gegen den Präsidenten des Palästinensischen Autonomie Rates, er erfülle nicht die Vereinbarungen von Camp David über den palästinensisch-israelischen Konflikt, sondern schüre statt dessen den Terrorismus. Zudem lehnten sie die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge ebenso ab, wie die Rückgabe von Jerusalem an das muslimische Volk.

In der hitzigen Debatte erkannten sie jedoch an, daß Israel über Atomwaffen verfüge. "Doch wir werden nicht die ersten sein, die sie einsetzen", versuchte sich Minister Sheerit zu rechtfertigen.

Wie sähe für Sie eine Lösung aus?, fragte ich den Minister, kurz bevor er den Saal verließ. Er antwortete, "Palästinenser und Juden können in Frieden zusammenleben". "Mit gleichen Rechten?", fragte ich - doch darauf erhielt ich keine Antwort!





Havana Club

erweitert seine Märkte

Anlässlich des ersten Gründungsjahres der Havana Club Stiftung wurde auf einer Pressekonferenz bekanntgegeben, daß der berühmte kubanische Rum seine Märkte auf den fünf Kontinenten ausdehnen wird und in 90 Ländern bereits einen guten Stand habe, denn die Verkäufe stiegen im Jahr 2000 um 12 Prozent und auch in diesem Jahr sind neue Verkaufssteigerungen zu erwarten.

Im Sitz der Stiftung bekommt der Besucher einen Überblick über die Geschichte des hervorragenden Getränks und die Kultur der Insel. In einer kolonialen Villa in der Altstadt, kann man in einer Pilotanlage alle Schritte der Rumherstellung verfolgen, begonnen beim Anbau des Zuckerrohrs über die Alterung bis zur Herstellung des Getränks.

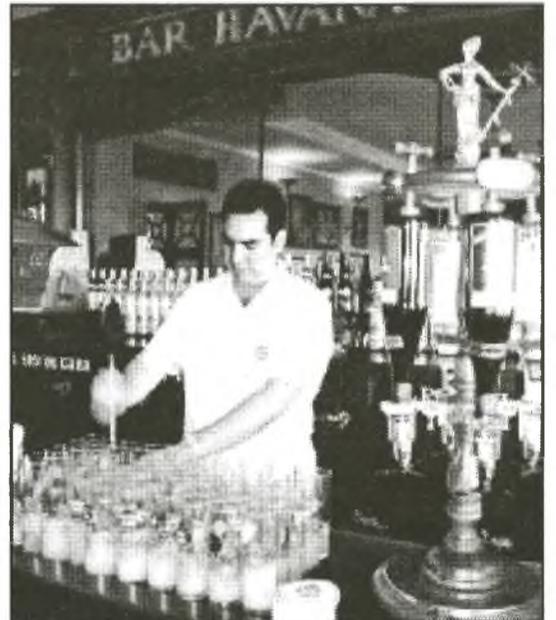
Im ersten Jahr ihres Bestehens hat die Stiftung 43.250 Besucher empfangen.

Alejandro Sirech sagte, im Ergebnis des Kaufs der Vertriebsfirma Seagram durch Pernod Ricard werde das Erzeugnis auf neuen Märkten erscheinen. Die Übernahme dieses Unternehmens sei Teil eines schnellen Vorankommens mit kräftigem Wachstum und einer konstanten Aufkaufpolitik.

Das Geschäftsvolumen der französischen Firma betrug im Jahr 2000 4,4 Billionen Euro. Sie besitzt 75 Produktionsbetriebe in unterschiedlichen Ländern. 70 Prozent ihrer Aktivitäten entfaltet sie außerhalb Frankreichs. Sirech betonte, daß die Verhandlung erfolgreich abgeschlossen werden konnte, obwohl andere wichtige internationale Firmen ebenfalls interessiert waren.

Im Jahr 2000 wurden 1,4 Millionen Kartons (bei 12 Flaschen/Karton) verkauft. Das ist eine Steigerung von 12 Prozent im Vergleich zu 1999. Die Marke nimmt jetzt den neunten Platz unter den weltweit meist verkauften Rummarken ein, einschließlich derer, die sich praktisch auf einen einzigen Markt konzentrieren. 75 Prozent des Verkaufs von Havana Club wird außerhalb Kubas getätigt.

Sirech und andere Vertreter des kubanisch-französischen Unternehmens bestätigen, daß das Erzeugnis seine Verkäufe auf der Insel, in Italien, Spanien, der Bundesrepublik Deutschland,



Die Bar der Stiftung Havana Club

Frankreich, Kanada, Mexiko, Chile, Argentinien und Japan weiter steigern wird. Daneben werde es gleichzeitig auf neuen Märkten in Europa, Amerika und Asien erscheinen. "Der Rum hat einen Standard gesetzt und wird von Experten, den anspruchsvollsten Gaumen und all jenen bevorzugt, die Kuba kennenlernen möchten", sagte Sergio Valdés, der Handelsdirektor von Havana Club International.

Sirech unterstrich, daß das Getränk in der exklusiven Gruppe der hundert weltweit meist verkauften Premium-Marken sein Entwicklungsziel weiter verfolgt und in diesem Jahr trotz des immer aggressiveren Wettbewerbs einen Wachstumsindex von über 10 Prozent beibehalten wird.

Die Wachstumskraft des Havana Club entspringt seinem echten kubanischen Ursprung, der Treue zur Rumtradition auf der Insel, dem System der Alterung und seiner zweifellos hochgeschätzten Qualität.

• Das französische Unternehmen Pernod Ricard wartet nach dem Verkaufsverbot für kubanischen Rum durch ein US-Gericht auf die Entscheidung der WTO

JOAQUIN ORAMAS
- Granma Internacional

• DAS französische Unternehmen Pernod Ricard erwartet die Entscheidung der Welthandelsorganisation (WTO) in dem Streit, den das Urteil eines US-Gerichts entfachte, das den Verkauf des kubanischen Rums Havana Club in den USA verbot. Die Maßnahme wurde getroffen, um die Firma Bacardí zu unterstützen.

Bacardí sieht in der zunehmenden Nachfrage der Kunden verschiedener Kontinente nach echtem kubanischen Rum eine Gefahr und hatte vor einem US-Gericht den Markennamen Havana Club eingeklagt um damit dem berühmten kubanischen Rum den Zugang zum US-Markt zu verschließen.

"Wir warten auf die Entscheidung der WTO", sagte Alejandro Sirech, der Generaldirektor der 1992 gegründeten kubanisch-französischen Havana Club International.

Die kubanische Entscheidung, Bacardí-Rum herzustellen, wird als Herausforderung angesehen

GABRIEL MOLINA
- Granma Internacional

• DER US-Sender CNN bezeichnete in seiner Internetausgabe "die angekündigte Anweisung von Präsident Fidel Castro, Bacardí-Rum in Kuba herzustellen, als die erste Herausforderung an die Bush-Regierung".

"Wir können auch Palmolive produzieren", sagte der Staatsmann in

seiner Rede, die am Sonntag, dem 18. 3. im kubanischen Fernsehen übertragen wurde.

Die Nachrichtenagenturen verbreiteten die Meldung, und der *Nuevo Herald* schrieb einem Universitätsprofessor den Kommentar zu, daß der Bacardí-Rum in Kuba "kein Patent habe, das ihn schützt". Ein anderer Professor meinte, der französische Partner Pernod Ricard müsse das Getränk dann not-

wendigerweise vermarkten. Fidel sagte in seinem Redebeitrag, dieser Rum solle vor allem in Kuba verkauft werden.

Drei Jahre nach dem Rechtsstreit zwischen der Regierung Kubas und dem Rum-Imperium Bacardí Ltd. hat das Oberste US-Gericht im Oktober 2000 davon Abstand genommen, Bacardí den Verkauf eines Rums unter dem Namen Havana Club in den USA zu verbieten, ob-

wohl die Marke dort ordnungsgemäß durch Kuba registriert ist.

Notimex erinnerte daran, daß das Gericht eine Berufung der französischen Getränkefirma Pernod Ricard, die den Rum Havana Club durch das Gemeinschaftsunternehmen Havana Club-Holding International in 183 Ländern vertreibt, zurückgewiesen hatte. Die Europäische Union reichte bei der Welthandelsorganisation eine Beschwerde ein.



Das AUMS-Gerät kann 28 unterschiedliche Diagnosen bestimmen

Vorbeugende Gesundheitsprogramme mit Spitzentechnik

- Mit dem Analytischen Ultramikrosystem wurden von 1988 bis 2000 in Kuba 3.230 AIDS-Fälle festgestellt; bei Schwangeren konnten mit der Alphafetoproteinprobe 2.715 Fehlbildungen bestimmt werden

- MIT der Anwendung der AUMS-Technik (Analytisches Ultramikrosystem) in Kuba konnten Fehlbildungen und verschiedene Infektionskrankheiten festgestellt und darum frühzeitig behandelt werden", sagte der Direktor der Nationalen Programme des Instituts für Immunitätsproben (CIE), Fidel Bencomo.

Dieses System für immun-enzymatische Proben ermöglicht die Feststellung von Krankheiten wie AIDS und Hepatitis B und C, deren Keime in Blutspenden des nationalen Netzes vorhanden sein können.

Ebenfalls können mit dieser Technik durch die Bestimmung des Alphafetoproteins im mütterlichen Serum Fehlbildungen des Fötus sowie eine Unterfunktion der Schilddrüse im Blutserum der Nabelschnur der Neugeborenen aufgefunden werden.

Bencomo bezog sich speziell auf Infektionskrankheiten und informierte, daß von 1988 bis 2000 bei einer landesweiten Kontrolle von 11.153.807 Schwangeren, Krankenhauspatienten, Risikogruppen und Blutspendern 3.230 AIDS-Fälle, von denen 840 verstarben, festgestellt wurden.

Bei der Analyse von 3.550.266 Blutspendern konnten die Antikörper der Hepatitis C, ca. 0,75% der Fälle, gefunden werden. Von Hepatitis B waren bis Ende des vergangenen Jahres 0,8% von insgesamt 8.163.738 untersuchten Personen befallen.

Die CIE-Leitung informiert, daß 2.715 Fehlbildungen in der Neuralröhre und weitere 2.229 Anomalien bei 2.386.254 Schwangeren bestimmt werden konnten, bei denen eine Alphafetoproteinprobe vorgenommen wurde.

Mit dem seit 1986 bestehenden prophylaktischen Programm zu Unterfunktionen der Schilddrüse konnte bei 585 von 1.971.212 Neugeborenen das Leiden festgestellt werden.

CIE-Spezialisten entwickelten die AUMS-Technik, die seit Beginn der achtziger Jahre der kubanischen Bevölkerung mit Massenuntersuchungen hilft, diese sind Grundlage der vorbeugenden Programme, auf die sich die Primärbehandlung der Bevölkerung stützt.

Die ersten US-amerikanischen Medizinstudenten in Kuba

- Reverend Lucius Walker begleitete die Gruppe

ALEXIS SCHLACHTER - Granma

- MIT dem Hissen der US-Flagge neben den anderen Fahnen der in der Studieneinrichtung vertretenen Nationen, begrüßte die Lateinamerikanische Schule für Medizinwissenschaften die ersten acht jungen US-Amerikaner, die in Kuba ihr Medizinstudium aufnehmen werden.



Die Begrüßungsfeier für die Studenten,

die mit Reverend Lucius Walker, Dr. Nadia Marsh und José Miyar Barruecos, dem Sekretär des Staatsrates, kamen, war ein überwältigendes Beispiel menschlicher Solidarität.

Der junge Guatemalteke José Manuel Cochoy sprach im Namen der Studenten und stellte heraus, daß die neuen US-amerikanischen Studenten in Kuba die tiefe Bedeutung der Worte Freundschaft und Brüderlichkeit kennen lernen werden.

Dr. Juan D. Carrizo, der Rektor der Schule, verwies auf die tiefen Wurzeln der Lehren Martí, Bolívars und Lincolns in dem schönen Werk, Jugendlichen mit geringen Mitteln aus 24 Nationen und 67 Ethnien aus Amerika und Afrika Hochschulstudien gratis anzubieten.

Dr. Nadia Marsch aus New York erinnerte daran, daß es in ihrem Land noch Millionen Bürger ohne das Recht auf ärztliche Betreuung gebe, was zu der kubanischen Wirklichkeit, die Gleichheit für alle biete, voll im Kontrast steht.

Im Namen der neuen Schüler sprach Nadege Louiseau, aus dem Bundesstaat Florida. Er sei sehr bewegt von der herzlichen Aufnahme und den Studienmöglichkeiten, die unser Land biete, sagte er.

Reverend Lucius Walker, der Vertreter der Pastoren für den Frieden, stellte in seiner Ansprache das Beispiel Kubas heraus, das Solidarität mit dem Volk eines mächtigen Landes übt, dessen Regierung seit mehr als vierzig Jahren eine eiserne Blockade gegen die Einwohner dieses Archipels in der Karibik verhängt, die um ihre Freiheit und unabhängige Entwicklung ihrer Wirtschaft kämpfen.

Die US-Studenten kommen aus Texas, Kalifornien, Chicago, New York und Minnesota.

Ja,

Granma

INTERNACIONAL

Zeitung aus Kuba und Lateinamerika

Ich bestelle für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 24 DM

6 Monaten (6 Ausgaben) 13 DM

Zahlungsweise

gegen Rechnung

Per Bankeinzug

Anschrift

Meine Bankverbindung

Name

Geldinstitut

Srt. / Nr

BLZ

PLZ / Ort

Konto

Datum / Unterschrift

Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift
Coupon an:
Verlag 8. Mai, Granma
Am Treptower Park 28-30
12435 Berlin

Präsident Fidel Castro sprach mit dem Schauspieler sowie einer Gruppe von kubanischen und US-amerikanischen Intellektuellen und Regisseuren. Gemeinsam sahen sie sich den Film *Thirteen days* an



Präsident Fidel Castro traf Kevin Costner

• DER kubanische Präsident Fidel Castro unterhielt sich mit dem US-amerikanischen Schauspieler Kevin Costner und einer Gruppe von Intellektuellen, Akademikern und Regisseuren aus Kuba und den USA, als der Film *Thirteen days* (13 Tage) in Havanna vorgeführt wurde.

Fidel und Costner sahen den Film gemeinsam, bevor er öffentlich gezeigt wurde. Der Präsident "war während des Films sehr lebhaft (...) und erkannte Momente und Persönlichkeiten wieder, vor allem US-Offiziere", sagte der Sprecher des Schauspielers, Stephen Rivers, der anfügte, daß Costner "sehr dankbar für die Zeit ist, die Fidel Castro uns gewidmet hat, und für die Gelegenheit, ihm den Film zeigen zu können", berichtete EFE.

Thirteen days, - Costner stellt darin Kenneth O'Donnell dar, den Berater von Präsident John F. Kennedy, - war im Dezember 2000 in den USA und danach in mehreren europäischen Ländern aufgeführt worden. Der Film berichtet von der Entwicklung der Ereignisse im Weißen Haus, zur Zeit der Oktoberkrise 1962, als sich die Welt am Abgrund eines Atomkrieges sah.

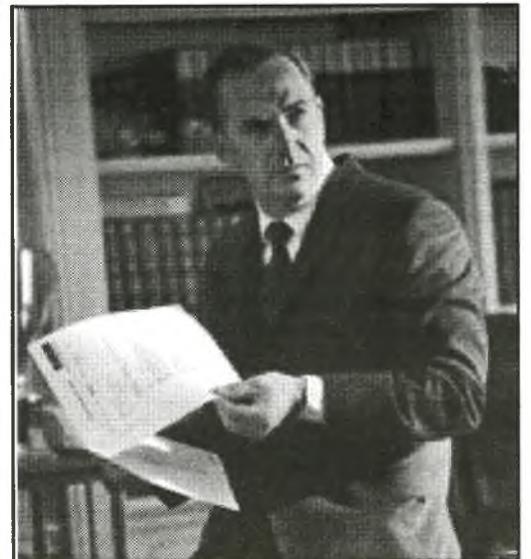
Costner kam am 9. April mit den Koproduzenten Arny Bernstein und Peter Almond und anderen Mitarbeitern in einem Privatflugzeug von Los Angeles nach Havanna, berichtete AIN. Der Künstler brauchte für seine Reise auf die Insel, die seit mehr als 40 Jahren einer Blockade der USA ausgesetzt ist, eine Sondergenehmigung aus Washington.

Der Schauspieler erklärte, sein Film wolle darauf aufmerksam machen, daß es notwendig sei, in einer Lage, in der die Gefahr der Anwendung von Atomwaffen drohe, ernsthaft zu handeln, zumal die Verbreitung der Kernwaffen die Welt erneut bedrohe.

Die Produzenten beschlossen, den Film in Moskau, Washington und Havanna zu zeigen, den drei Hauptstädten der Länder, die in die Oktoberkrise verwickelt waren.

Kevin Costner, der 1990 für *Dances with Wolves* (Der mit dem Wolf tanzt) mit dem Oscar für den Besten Film und als Bester Regisseur prämiert wurde, ist auch aus *The Intouchables*, *JFK* und *The Bodyguard* bekannt.

Während der Dreharbeiten: Steven Culp (Robert Kennedy), Costner und der Regisseur des Films, Roger Donaldson



Costner in der Rolle von Kenny O'Donnell, Berater des Präsidenten Kennedy



Albert von Monaco mit zwei lebenden Legenden des kubanischen Boxens: Teófilo Stevenson und Félix Savón

Prinz Albert von Monaco ist vom kubanischen Sport beeindruckt

• Mit der Eröffnung des Konsulats in Havanna bestehen diplomatische Beziehungen zwischen Monaco und der Insel
• Zusammenarbeit in den Bereichen Sport, Tourismus und Kultur

TEXT UND FOTO: ANNE-MARIE GARCIA - für Granma Internacional

• ALS Gast der 2. Internationalen Konferenz für Körpererziehung und Sport nutzte Prinz Albert von Monaco seinen ersten Besuch auf der Insel, um diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern herzustellen.

„Anfangs war vorgesehen, daß ich an Stelle von Juan Antonio Samaranch, dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, an dieser Konferenz teilnehmen sollte“, sagte er in einer angenehmen Unterhaltung mit *Granma Internacional*, „aber dann kamen noch verschiedene Punkte zu dem

Programm hinzu, so daß ein offizieller Besuch daraus wurde.“

Prinz Albert kam am Abend des 9. April in Havanna an. Am Nachmittag des 12. eröffnete er das Konsulat des Fürstentums Monaco; in Anwesenheit des neuen Honorarkonsuls, Herrn Pastor:

„Das ist der Moment, die Beziehungen zwischen beiden Ländern in den Bereichen Tourismus, Sport und Kultur zu entwickeln. Wir können eine humanitäre, für beide Länder vorteilhafte Zusammenarbeit haben.“

ICH SCHÄTZE DIE STRUKTUR DES SPORTS UND DIE SORGE UM DIE JUGEND

Sportlich gekleidet, liebenswürdig und schlicht kam Albert de Monaco zum Interview mit *Granma Internacional*. Zuvor hatte er mit Humberto Rodríguez, dem Vorsitzenden des kubanischen Sportinstituts INDER gesprochen. Froh darüber, daß er nun „Französisch sprechen“ konnte, zeigte er sein Erstaunen über den Sport auf der Insel:

„Was mich am meisten beeindruckt, ist die Struktur des Sports. Von außen kann man das nicht erkennen. Das ist mein erster Besuch auf der Insel und ich sehe, daß der Sport zum Bildungssystem gehört und die Sorge der Regierung um die Jugend echt ist. Das ist nicht sehr gewöhnlich.“

Der 43-jährige Vorsitzende des Olympischen Komitees seines Landes sagte weiter: „Ich konnte sehen, daß der Sport für alle offen ist, das ist eine sehr schöne Sache. Als ich mich davon überzeugen konnte, wie Talente gefördert und wie man die ausgezeichneten natürlichen körperlichen Eigenschaften der Kubaner zu nutzen versteht, wurden mir die außergewöhnlichen sportlichen Ergebnisse der Insel besser klar.“

Der Erbprinz von Monaco, Sohn der verstorbenen US-amerikanischen Schauspielerin Grace Kelly und des Prinzen Rainier III., sagte über seine herzlichen Begegnungen mit Humberto Rodríguez und kubanischen Weltmeistern:

„Ich kannte die Athleten Ana Fidelia Quirot, Javier Sotomayor und Alberto Juantorean von Monaco. Félix Savón traf ich in Paris und die Volleyballspielerin Mireya Luis ist Mitglied der Athletenkommission des IOK, dessen Vizepräsident ich bin.“

Die IOK-Kommission betreffend sagte er: „Mir scheint, die geographische Verteilung dieser Kommission müßte verändert werden, damit eine größere Gruppe Sportler aus Lateinamerika, Mittelamerika und der Karibik aufgenommen werden kann. Meines Erachtens kann sie nicht endlos erweitert werden, und da die Athleten abstimmen,

stimmen sie natürlich in den meisten Fällen für die bekanntesten.“

In der Leitung des INDER hörte Albert von Monaco Mireya Luis die Arbeit der nationalen Athletenkommission in Kuba erklären. Bedächtig meinte er dazu:

„Es ist eine gut strukturierte Kommission, die in Übereinstimmung mit dem IOK arbeitet, in erster Linie z. B. für das Problem der Anpassung der Athleten. Sehr wichtig ist auch, daß die Athleten an den Entscheidungen, die im Sport getroffen werden, teilnehmen.“

DIE NACHFOLGE VON JUAN ANTONIO SAMARANCH IST SCHWIERIG

Der Erbprinz des Fürstentums Monaco, das knapp zwei Quadratkilometer mißt und südöstlich von Frankreich liegt, ist ein großer Sportler und hat seinem Ruf keine Schande gemacht. Während seines viertägigen Aufenthalts schwamm er zwei Stunden im Trainingszentrum Marcelo Salado und im Hochleistungszentrum Cerro Pelado trainierte er mit den Fechttern.

Zu seinen Gesprächen mit führenden Sportvertretern teilte er mit: „Ich unterhielt mich mit José Ramón Fernández, dem Vorsitzenden des Kubanischen Olympischen Komitees, und wir erarbeiteten die Grundlagen zu einem Vertrag, der bald mit dem Austausch von Athleten und Trainern konkrete Formen annehmen kann.“

Zu seinen Lieblingssport Fußball sagte er: „Dieser Sport hat sich in meinem Land entwickelt. Unsere Mannschaft, der A.S. Monaco, hat ein gutes Niveau, auch wenn er in dieser Saison unsere Hoffnungen nicht erfüllt hat. Wenn die Kubaner es wünschen, könnten wir eine Hilfe im Fußball in Erwägung ziehen. Dabei denke ich zuerst an die Unterstützung durch Techniker oder Trainer.“

Albert de Monaco, IOK-Mitglied seit 17 Jahren, ist um die Nachfolgerschaft von Juan Antonio Samaranch im kommenden Sommer in diesem Organ besorgt:

„Es gibt fünf Kandidaten. Sie haben eine harte Arbeit vor sich, Samaranch tat sehr viel für den Sport.“ Er fügte an: „Der Nachfolger von Samaranch - ich habe mich auf keinen festgelegt - wird ein reiches Erbe antreten, das aber sehr schwer zu verwalten sein wird. Was ich persönlich am meisten wünsche, ist, daß die Übernahme problemlos verlaufen und dem Wohl des Sports dienen möge.“

Prinz Albert traf außerdem mit Tourismusminister Ibrahim Ferradaz und Außenminister Felipe Pérez Roque zusammen.

Zum Abschied sagte er: „Die Arbeiten im Dopingkontrolllabor und im Institut für Gentechnik und Biotechnologie zeigen den guten Willen der Regierung. Mich beeindruckten aber auch die Liebenswürdigkeit der Einwohner und ihre herzliche Aufnahme. Ich werde mich für die Entwicklung der Beziehungen zum Wohle der beiden Länder einsetzen. Ich möchte dem kubanischen Volk einen besonderen Gruß übermitteln und ihm sagen, daß ich auf diese schöne Insel zurückkehren werde.“

Die ersten 80 Tage von Bush

MIGUEL COMELLAS
- Granma Internacional

• IM April vollendete der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Georg W. Bush, seine ersten 80 Tage im Amt. In dieser Zeit hat er es geschafft, aufgrund seiner Vorschläge und Entscheidungen sich mit einem guten Teil der Welt anzulegen. Es wäre zu überlegen ob diese Leistung nicht ausreicht, um in das berühmte Guinness-Buch der Rekorde zu kommen.

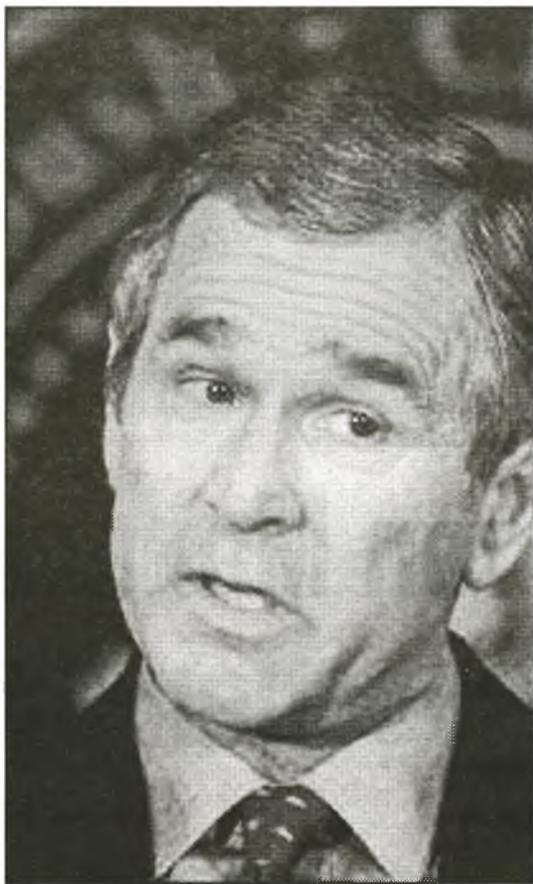
Man kann seine irrigen und respektlosen Positionen, die jeder Ethik entbehren, geordnet nach Erdteilen aufzählen, damit man ein richtiges Verständnis der Politik bekommt, die diese neue republikanische Regierung betreibt, die aus einem skandalösen Wahlverfahren hervorgegangen ist. Das Kabinett ist das konservativste der letzten 50 Jahre und es strebt erklärtermaßen an, zu schon überwunden geglaubten Etappen der Geschichte zurückzukehren: zum kalten Krieg und zum Wettrüsten.

Beginnen wir in Europa: Bei einem kürzlichen Besuch im Élyséepalast wurde dem neuen Außenminister, Colin Powell, vom französischen Präsidenten, Jacques Chirac zu verstehen gegeben, daß sowohl er, als auch die EU, mit der vom Weißen Haus angekündigten Entscheidung, das 1997 unterzeichnete internationale Abkommen von Kyoto nicht anzuerkennen, unzufrieden sei. Bush weigert sich, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um die die Ozonschicht verunreinigenden und zerstörenden Gasemissionen zu reduzieren. Die USA sind der größte Emittent dieser Gase.

Japan, auf dessen Territorium dieses Umweltschutzabkommen unterzeichnet wurde, hat noch einen weiteren Grund, über Washington empört zu sein. Zum einen die Tatsache als solche und zum anderen, die Haltung die Washington einnahm, als im Februar ein Atom-U-Boot in US-Gewässern ein japanisches Schulschiff versenkte und dabei mehrere Schüler tötete. Sie hätten gerettet werden können, wenn man nicht auf die Verletzung der Hoheitsgewässer insistiert hätte, sondern statt dessen schnell und effizient Maßnahmen zur Rettung eingeleitet hätte.

Die Konflikte mit den asiatischen Staaten beziehen auch China mit ein. Erst wurde der Verkauf hochentwickelter Waffen an Taiwan angekündigt und anschließend gab es die Kollision eines Spionageflugzeuges mit einem chinesischen Abfangjäger, dessen junger Pilot nach dem Betätigen des Schleudersitzes verschollen ist. Im Gegensatz zur Anmaßung des Weißen Hauses und des Außenministeriums standen die chinesische Klugheit und Großzügigkeit, die, aus humanitären Gründen, dazu führten, die 24 Besatzungsmitglieder des Flugzeuges freizulassen.

Die Antwort auf diese chinesische Geste war ein Schweigen gegenüber dem chinesischen Verlangen, sich zu entschuldigen, zu versprechen, diese Episode der Luftspionage nicht zu wiederholen und die Familie des Opfers zu entschädigen. In einer offiziellen Erklärung der Präsidentenberaterin Condoleezza Rice heißt es: "Die Vereinigten Staaten werden ihre Flüge fortsetzen, um diese Gegend zu beobachten..." Und vor wenigen Tagen hieß es im Kongreß und in



anderen offiziellen Institutionen in der gewohnt anmaßenden Sprache, man verlange die Rückgabe des Flugzeuges, dessen Wert 80 Millionen Dollar betrage. Zusätzlich wurde gedroht, wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen und die Waffenlieferungen an Taiwan zu beschleunigen, wenn das Flugzeug nicht umgehend zurückgegeben werde.

Auch die Demokratische Volksrepublik Korea wurde nicht übergangen. Sie sah ihre Anstrengungen zur Wiedervereinigung und ihre Initiativen und Positionen für Frieden und Abrüstung beidseitig des 38. Breitengrades durch die Gleichgültigkeit der US-Regierung in den Schatten gestellt. Und das nach mehr als drei Jahren unternommener Anstrengungen.

Die arabische Welt beobachtet mit großer Sorge das Anwachsen der Politik der brutalen Repression und des Völkermordes gegen die palästinensische Bevölkerung durch die Regierung in Tel Aviv, an deren Spitze Ariel Sharon steht.

Angesichts der Forderungen der Welt, diese Grausamkeit, die sich im 21. Jahrhundert abspielt, zu stoppen, weisen die Vereinigten Staaten, in Ausübung ihres Privilegs, in der UNO ihr Veto einzulegen, den Vorschlag der Bewegung der Nichtpaktgebundenen Staaten zurück, eine Kommission zu bilden, die die Geschehnisse in den Aufstandsgebieten untersucht. Und als ob das noch nicht ausreichte, setzt Washington Kolumbien (um nur einen Staat zu nennen) mit verschiedenen Drohungen unter Druck, weil dieses Land die Einrichtung dieser Kommission unterstützt hat.

Die Situation hat mittlerweile einen Punkt erreicht, an dem selbst Länder des Nahen Ostens, die enge Beziehungen zu den Vereinigten Staa-

ten unterhalten, ihre Ablehnung des systematischen Gemetzels, das mittlerweile mehr als 600 Palästinensern und auch einer Reihe von Israelis das Leben gekostet hat, nicht verbergen.

Und bleiben wir bei der UNO. In diesem Zusammenhang überrascht der Vorschlag, John Negroponte zum US-Repräsentanten dieser höchsten Weltorganisation zu machen.

Um diesen "Diplomaten", der das Vertrauen Georg W. Bushs genießt, einschätzen zu können, lohnt es sich, auf einen Artikel von Frank del Olmo zu verweisen, der in diesen Tagen im Miami Herald erschienen ist. Del Olmo war in den 80er Jahren Mittelamerikakorrespondent, als Negroponte den Posten des US-Botschafters in Honduras bekleidete. In dem Artikel heißt es: Es wurden häßliche Dinge getan ... Morde und Massaker im Namen unserer nationalen Sicherheit und Negroponte war bis zum Hals darin verstrickt". Del Olmo bezieht sich hier auf die Rolle, die dieser "Botschafter" in dem damals als Iran-Contra-Affäre bekannten Skandal gespielt hat. Wie kann dieser Mensch in der UNO über Menschenrechte und Demokratie reden, wenn er in dem Amt vom Kongreß bestätigt werden sollte.

Aber dies ist nicht die letzte Überraschung, die der Herr Bush für uns bereit hält. Er schlug ebenfalls vor, Otto Reich zum stellvertretenden Außenminister mit der Zuständigkeit für Lateinamerika zu machen. Dieser Herr war ebenso wie Negroponte in den Iran-Contra-Skandal verwickelt. Er ist ein US-Bürger kubanischer Herkunft und sehr eng mit der Mafia von Miami liiert. Er zählt zu den Autoren des Helms-Burton-Gesetzes, dieser nostalgischen Rückbesinnung auf den kalten Krieg. Politische und journalistische Kreise Lateinamerikas begegnen ihm mit Vorbehalten, denn sie sehen ihn als einen Vertreter der Epoche an, als Uncle Sam seine Außenpolitik mit dem 'großen Knüppel' machte.

Was den afrikanischen Kontinent betrifft, so bleibt ihm keinerlei Hoffnung, daß der neue Bewohner des Weißen Hauses das Verlangen erhört, daß die transnationalen Pharmaunternehmen für Staaten wie Südafrika bezahlbare Preise verlangen oder es ihnen erlauben, einige Medikamente zu produzieren, die die Pandemie AIDS lindern kann.

Epressungen in Genf, Nominierungen von Politikern mit einer traurigen Geschichte, Drohungen, das kriegerische Projekt einer Raketenabwehr voranzutreiben, Weiterführung der Hilfe für den Zionismus, offenes Bekenntnis zur Weiterführung der Spionageflüge über China, Ausstieg aus dem Abkommen von Kyoto – das sind die unmittelbaren Perspektiven, die uns die neue republikanische Regierung unter Georg W. Bush verspricht.



Unser Amerika



AMERIKANISCHE FREIHANDELSZONE

Proteste gegen ein Projekt, das die US-Hegemonie verstärkt

BUENOS AIRES (PL).- Die argentinische Hauptstadt war Anfang April Schauplatz zahlreicher Veranstaltungen und Proteste gegen das Ministertreffen der Amerikanischen Freihandelszone (Area de Libre Comercio de las Américas - ALCA).

Gewerkschaften, Parteien, Studentenorganisationen und Nicht-Regierungsorganisationen aus Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay, Uruguay und anderen Ländern der Region, aus der ca. 1.500 Delegierte gekommen waren, protestierten energisch gegen das Treffen von Vertretern aus 34 Ländern des Kontinents (nur Kuba war nicht anwesend).

Ein wichtiger Teil der Vorbereitung dieser ALCA-Protestaktionen wurde von der Central de Trabajadores Argentinos (CTA) organisiert.

Deren Generalsekretär, Victor de Gennaro, erklärte, "Buenos Aires ist ein würdiger Schauplatz um gegen die Vereinbarungen zu demonstrieren, mit denen versucht wird, unsere Nationen endgültig den wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA zu unterwerfen".

Er sprach von einer energischen Verurteilung des Projekts durch die argentinische Bevölkerung. Es diene nur der Festigung der US-Hegemonie, dies sei der wahre Grund dieses von Washington angestrebten Handelsbündnisses.

Der sogenannte kämpferische Flügel der Confederación General del Trabajo (CGT) sagte eine weitere Kundgebung gegen dieses Treffen an.

"Wir wollen nicht zur ALCA gehören, denn ALCA verstärkt das bestehende und festigt das Wirtschaftsmodell des Elends für das Volk", sagte Julio Piumato, Pressesekretär dieser Gewerkschaftsorganisation.

Er versicherte, bei diesem Plan ginge es nur um die Interessen der USA. "Wir sind für ein Projekt der kontinentalen Integration der Beschäftigten, das die Möglich-

keiten jedes Landes erweitert und ihm dient," fügte er an.

In einer vorher verbreiteten Erklärung wies das Mobilisierungskomitee darauf hin, daß die Proteste in Buenos Aires "ein Wendepunkt in der Einheit der lateinamerikanischen Völker und der Karibik gegen die US-Hegemonie und die neoliberale Politik sein können und sein müssen".

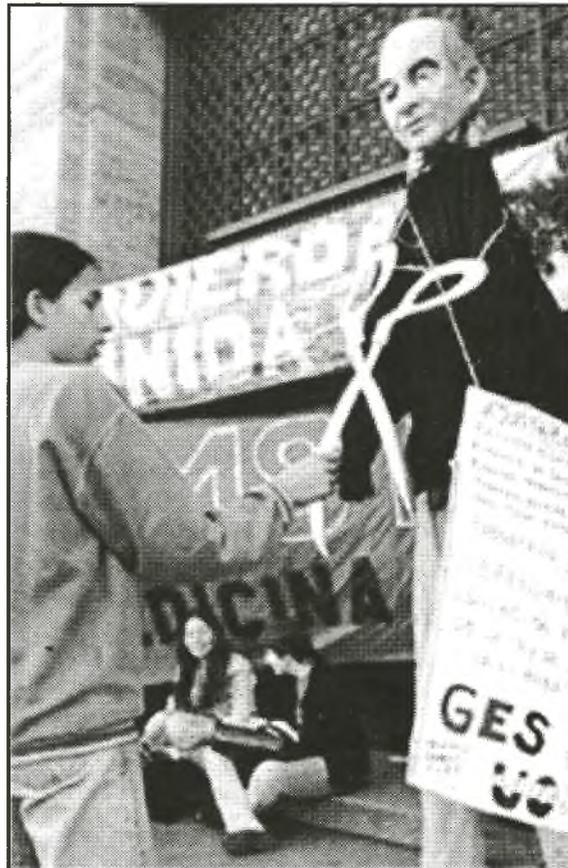
Wie aus dem Text hervorgeht, sei dieses Treffen "das Ende eines Verhandlungsprozesses, dessen Inhalt geheim ist", um eine Freihandelszone zwischen unterschiedlich entwickelten Ländern zu errichten. Diese werde die Ungleichheiten verschärfen und eine Arbeitsteilung festlegen, in der die rückständigen Länder nichts weiter als die Zulieferer von Bodenschätzen und billigen Arbeitskräften sein werden.

"Die Hegemonialmacht (USA) behält sich das Recht der Subvention ihrer Agrarproduzenten und das der Quoten und Antidumping-Normen vor, womit sie die Preise der lateinamerikanischen Erzeugnisse drücken und ihnen die Märkte verschließen".

Die Erklärung weist darauf hin, daß sich die Staaten mit diesem Projekt noch mehr dem Großkapital unterwerfen, und die Souveränität und die Fähigkeit unserer Völker, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, gefährdet werden.

Die ALCA ist kein wirkliches Integrationsprojekt, sondern "ein Projekt der Unterwerfung und der Verstärkung der US-Hegemonie".

"Es wird eine Zone sein, die von Alaska bis Feuerland reicht, in der die Interessen der US-Unternehmen über den Gesetzen und Interessen jedes einzelnen unserer Länder stehen werden", wird in dem Dokument herausgestellt, das ca. 50 argentinische Organisationen unterzeichneten.



Demonstrationen gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung sind an der Tagesordnung

ARGENTINIEN

Politische Krise vertieft Spaltung der Regierungskoalition

• **BUENOS AIRES (PL).**- Mit dem Rücktritt einiger Regierungsmitglieder, die gegen den Eintritt von Figuren wie Domingo Cavallo in die Regierung sind, schreitet die hartnäckige argentinische Krise mit ihrer korrodierenden Wirkung auf die Regierungskoalition voran.

Eine der letzten, die sich lossagten, ist die Abgeordnete der Frente País Solidario (Frepasso), Alicia Castro. Ihres Erachtens habe die Allianz den Volkswillen ignoriert, als sie das Land Cavallo übergab, den die Leute bereits verurteilt hatten, als er nur 10 Prozent der Stimmen erhielt.

Cavallo, der ehemalige Wirtschaftsminister der Menem-Regierung, Exkandidat der Wahlen 1999

und Vorsitzender der Partei Acción por la República, wurde als letzte Rettung aus der tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise an die Spitze des Wirtschaftsressorts berufen.

Alicia Castro, auch Vorsitzende der starken Seefahrgewerkschaft, begründete ihren Rücktritt aus der Allianz damit, daß Cavallo "70 Prozent der Verschuldung des Landes verursacht hat", und beschuldigte ihn, den argentinischen Staat geplündert zu haben, als er von 1976 bis 1983 für die Militärregimes arbeitete.

Der wiederholt eingesetzte Wirtschaftsminister trat mit einem Gesetzentwurf über die Wettbewerbsfähigkeit ins Kabinett ein, der die Exekutive außerdem beauftragt, Maßnahmen zu treffen, die laut Cavallo, das Land

aus der Krise führen.

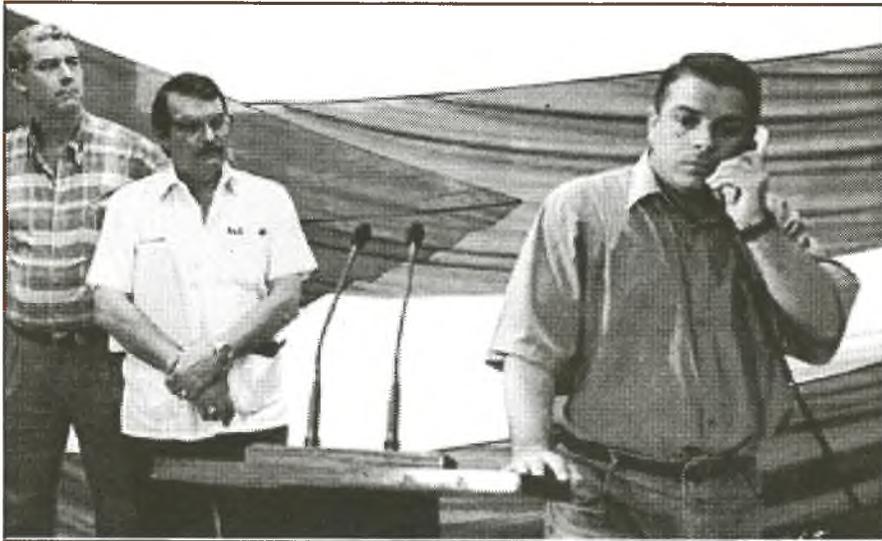
Die Spaltung der Allianz wurde im Oktober 2000 offensichtlich, als der damalige Ministerpräsident der Republik und Vorsitzende der Frepasso, Carlos Alvarez, von seinem Amt zurücktrat.

Kurz darauf verließen drei Abgeordnete der Partido Socialista Democrático (PSD) die Koalition und es ist nicht ausgeschlossen, daß weitere drei Parlamentarier von Frepasso-Organisationen den gleichen Weg beschreiten werden.

Wie lokalen Analysen zu entnehmen ist, wird Alicia Castro jetzt bei anderen politischen Kräften wie dem jüngst gegründeten Polo Social Verbindung suchen. Dieser nominierte den katholischen Pfarrer Luis Farinello für die Parlamentswahlen im Oktober als Kandidat für den Senat.

Ähnlich verstärken sich die Kontakte zu den PSD-Abgeordneten und denen, die in absehbarer Zeit eventuell aus der Allianz austreten werden, sowie zu Elisa Carrio, einer aktiven Parlamentarierin der Radikalen Bürgerunion (das andere Mitglied der Allianz), die wegen ihres starken Angriffs auf die Regierungskoalition bekannt ist.

Nach Meldungen der Lokalpresse wird die Mehrzahl dieser Persönlichkeiten an einer Versammlung teilnehmen, in der ca. 15 "aliancistas" des Unterhauses die aktuelle Spaltung in der Koalition und die nächsten Schritte in ihrer politischen Krise analysieren werden.



Außenminister Felipe Pérez Roque telefoniert mit den kubanischen Vertretern in Genf

UN- Menschenrechtskommission

Kuba akzeptiert die durch Erpressung und Druck durchgesetzte Resolution nicht

• ALS kolossalen moralischen Sieg der Kubanischen Revolution bezeichnete Außenminister Felipe Pérez Roque die Tatsache, daß eine antikubanische Resolution in der Menschenrechtskommission in Genf nur mit Erpressung und Druck durchgesetzt werden konnte.

Vor Beschäftigten des Außenministeriums sagte Pérez Roque, daß Kuba diesen falschen Versuch, es zu verurteilen, mit allen Kräften zurückweise. Das Land fühle sich nicht verurteilt, sondern es sei stolz auf das Werk für die Menschenrechte eines ganzen Volkes und seine echte Demokratie.

Er erinnerte daran, daß vor genau 40 Jahren das kubanische Volk in der Uniform der Miliz dem Söldnerheer eine Niederlage zufügte, das von den gleichen Kräften trainiert, finanziert und organisiert worden war, die heute die Menschenrechte als Waffe zu benutzen versuchen, um das Land anzugreifen und die Blockadepolitik gegen die Insel zu rechtfertigen.

„Kein ehrlicher Mann und keine ehrliche Frau der Erde läßt sich durch diese Abstimmung verwirren“, sagte er.

Das Land habe weder Folterung noch politischen Mord angewendet und auch das Volk in den Straßen nicht unterdrückt, stellte er heraus. Die Revolution habe dem Volk zum ersten Mal in der Geschichte des zu Ende gegangenen Jahrhunderts seine Würde wiedergegeben und es in den wirklichen Genuß seiner Rechte gebracht.

Der Chef der kubanischen Diplomatie bekundete den Ländern Dank und Bewunderung, die in Genf dem Druck und den Erpressungen standhielten, und Verachtung jenen, die sich

dem Druck beugten, besonders den Förderern dieses antikubanischen Machwerkes.

„Kuba akzeptiert die durch Erpressung und Druck durchgesetzte Resolution nicht und wird sie niemals akzeptieren. Es weist jeden einzelnen ihrer Buchstaben zurück und fühlt sich ihrem Text nicht verpflichtet“, betonte er.

Er wiederholte, daß es eine selektive, eine diskriminierende Abstimmung gewesen sei. Es sei um Rache gegen eine Nation gegangen, die es gewagt habe, dem Imperium eine Niederlage zuzufügen und ihre Stimme für die Armen der Welt zu erheben.

Er verurteilte die Tschechische Republik, die in der Menschenrechtskommission den USA dienten, sowie den drakonischen Druck und die Verfolgung die Washington gegen lateinamerikanische, afrikanische und asiatische Nationen einsetzten, damit sie das falsche Dokument unterstützten.

„Unser kleines Land steht wie ein David des 21. Jahrhunderts dem Druck und der Erpressungspolitik des imperialistischen Goliath gegenüber“, sagte er und fügte an, daß der Kampf der Insel auf die Unterstützung und Bewunderung der Völker der Dritten Welt sowie aller ehrlichen Männer und Frauen des Planeten baue.

Er erwähnte auch die zahlreichen Solidaritätsbeweise, besonders aus Ländern Lateinamerikas wie Uruguay, Mexiko, Ecuador, Argentinien, Guatemala, von linken Kräften des Kontinents.

Er machte sich über die traurige Rolle der Diplomatie von Großbritannien und Schwedens



Wie haben die Länder abgestimmt?

Gegen die Resolution	Dafür	Enthaltung
Algerien	Argentinien	Brasilien
Burundi	Belgien	Ecuador
China	BRD	Kenia
Indien	Costa Rica	Kolumbien
Indonesien	Frankreich	Mauritius
Kuba	Großbritannien	Mexiko
Liberia	Guatemala	Niger
Libyen	Italien	Peru
Malaysia	Japan	Senegal
Nigeria	Kamerun	Thailand
Pakistan	Kanada	
Katar	Lettland	
Rußland	Madagaskar	
Sambia	Norwegen	
Saudi-Arabien	Polen	
Südafrika	Portugal	
Swasiland	Rumänien	
Syrien	Spanien	
Venezuela	Südkorea	
Vietnam	Tschechische Republik	
	Uruguay	
	USA	

Bei der Abstimmung nicht anwesend:
Demokratische Republik Kongo

lustig, die die schmutzige US-amerikanische Arbeit in Genf mitmachten.

Der kubanische Außenminister telefonierte direkt mit Carlos Amat und Iván Mora, dem Vertreter Kubas in der Kommission bzw. dem alternierenden Botschafter, mit Juan Antonio Fernández, dem Vizedirektor für multilaterale Angelegenheiten des Außenministeriums, und mit der kubanischen Diplomatin Mercedes de Armas in Genf.

Pérez Roque verlas auch die Erklärung, die Präsident Fidel Castro am Vorabend über das Thema abgegeben hatte sowie zwei andere Erklärungen der Sprecherin des kubanischen Außenministeriums, in denen sie die erniedrigenden Druckmethoden der USA in der Menschenrechtskommission enthüllte.

Die Druck- und Einschüchterungskampagne der USA richtete sich vor allem gegen die afrikanischen Mitgliedsländer der Kommission. Wie aus dem kubanischen Außenministerium bekannt wird, hat Washington sogar offen mehrere afrikanische Länder bedroht, ihnen die vermeintlichen Vorteile des Gesetzes über den Handel und die wirtschaftlichen Chancen Afrikas zu streichen, wenn sie sich nicht den US-Interessen beugten. Der Gipfel der Erpressung bestand darin, diesen Nationen Hilfe im Kampf gegen Aids anzubieten, „wenn sie auf die Unterstützung Kubas verzichten“. (AIN)